



Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint monatlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Albrechtstr. 16, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“: Neue Gröbenstr. Nr. 5 und Neue Leichenstr. 11, durch die Zweigstellen: Albrechtstr. Nr. 11, Stadtstr. Nr. 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entscheiden wöchentlich 0,40 oder monatlich 1,70 Geldmarkt. Durch die Post frei ins Haus 3,00 Geldmarkt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Ram. Breslau Nr. 3552.

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen (1000 Buchstaben) für einen Tag 20 Pf. Sonntag und Feiertag 25 Pf. Langfristige Anzeigen unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Zeitungen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Albrechtstr. 16) oder in den Zweigstellen abzugeben werden.

Englisches Ultimatum an China?

Geringe Aussichten einer Blockade.

London, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung ist an die Regierungen von Japan und der Vereinigten Staaten herantreten, um gemeinsam Schritte der drei Mächte gegen die Kantone Regierung herbeizuführen und die auf eine Wiedergutmachung für die Vorkommnisse in Nanking hinzielten. Aus amtlichen und laubtomischen Nachrichten gewinnt man den Eindruck, daß eine Art Ultimatum an die Kantongregierung geplant ist, das für den Fall der Nichterfüllung der Forderungen der Mächte mit den härtesten Repressalien droht. Der chinesische General Chiangkai-shek hat in einem Interview erklärt, daß die militärischen Behörden der Kumintang bereits eine genaue Untersuchung der Vorkommnisse in Nanking angeordnet hätten. Er fügte hinzu, daß er für den Fall der Verantwortlichkeit von Angehörigen der Kantongarmee für die Vorkommnisse in Nanking bereit sei, volle Genugtuung zu gewähren und die Opfer und deren Hinterbliebene entschädigt würden. Man gewinnt in London jedoch den Eindruck, daß die britische Regierung sich mit einer bloßen materiellen Entschädigung nicht zufrieden geben wird, sondern die Forderungen der Mächte darüber hinaus sich auf das politische Gebiet erstrecken werden.

Als mögliche Repressalie wird in politischen Kreisen eine Blockade aller von der Kantongregierung besetzten Gebiete genannt, doch dürfte es sich hier um eine Kombination handeln, da nach den aus Japan vorliegenden Meldungen als sicher angenommen werden kann, daß Japan einer solchen Blockade wegen Schädigung seiner eigenen Interessen niemals zustimmen würde.

London, 31. März. (Eigener Bericht.) Der Parteivorstand der J. P. (Unabhängige Arbeiterpartei) hat in seiner jüngsten Sitzung zu der Lage in China eine Entschließung angenommen, in der einleitend darauf hingewiesen wird, daß die Haltung der britischen Regierung in den aller nächsten Tagen darüber entscheiden werde, ob die Beziehungen zwischen Großbritannien und China zu einem offenen Kriegszustand oder zu einer friedlichen Beilegung der Schwierigkeiten führen werden. „Es besteht die Gefahr“, fährt das Manifest fort, „daß Erbitterung über die bedauernden Vorkommnisse der jüngsten Tage die Politik bestimmen wird, anstatt eine großzügige Erkenntnis der Ursachen dieser Ereignisse und der Zukunftsbedeutung dessen, was sich gegenwärtig in China abspielt. Angesichts der Politik, welche in der Vergangenheit betrieben wurde, ist es unvermeidlich, daß sich in einer solchen Revolution, in die Millionen Menschen verwickelt sind, beklagenswerte Ereignisse abspielen; aber Machtentfaltung und Weigerung, in Verhandlungen einzutreten, müssen schließlich den Gegnern verfallen, welcher dieser Ereignisse zugrunde liegt.“ Die Unabhängige Arbeiterpartei fordert deshalb die Deftentlichkeit auf, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Zweck der Aufgabe der extraterritorialen Rechte und der Übergabe der Konzession an die Chinesen bei gleichzeitiger Zurückziehung der britischen Streitkräfte herbeizuführen.

Das Zehnstundentag-Gesetz im Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat nahm am Donnerstagabend das Arbeitszeit-Notgesetz in der Fassung des Kompromisses der Regierungsparteien gegen einige Stimmen an. Der Vertreter Hamburgs begründete die ablehnende Haltung seines Senats in einer Erklärung, in der es heißt, daß die in den Anträgen der Reichsregierung vom 23. März vorgesehene zahlreiche Möglichkeiten für eine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit über die Grenze des praktischen Bedürfnisses hinausgehen. Auch die Ausnahmebestimmungen über eine angemessene Vergütung für geleistete Überarbeit könne in der vorliegenden Form nicht als befriedigend betrachtet werden.

Landfriedensbruch-Verfahren gegen Berliner Hitlerleute.

Berlin will mit den Reichsradikalen nichts zu tun haben. Die blühenden Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die sich kürzlich am Bahnhof Berlin-Dahlem ereigneten, haben nunmehr nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen für acht Nationalsozialisten, die als Haupttäter in Frage kommen, ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs zur Folge. Die Voruntersuchung soll so weit beschleunigt werden, daß dieser Prozeß bereits Anfang Mai vor dem Schöffengericht Berlin-Dahlem zur Verhandlung kommen kann.

Medlenburger Neuwahlen im Mai.

Schwerin, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Mecklenburgische Landtag beschloß am Donnerstag seine Auflösung einstimmig, nachdem das Etat-Notgesetz ebenfalls einstimmig angenommen worden war. Das Wohnungsbauprogramm der

Regierung, das den Bau von 20 000 Wohnungen in Mecklenburg-Schwerin vorsieht, wurde mit 28 gegen 20 Stimmen angenommen, ebenso das Steuervereinfachungsgesetz. Die Neuwahlen des Landtags sind auf den 22. Mai festgesetzt.

Mildes Urteil im Giesener Fememord-Prozeß.

Der Angeklagte Schwinn wurde im Giesener Fememord-Prozeß wegen Beihilfe zum Totschlagsversuch zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen acht Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Der Angeklagte Heinz wurde ganz freigesprochen, der Angeklagte von Salomon erhielt wegen Körperverletzung eine Erhöhung seiner bisherigen fünfjährigen Zuchthausstrafe auf sechs Jahre drei Monate.

Der Mord ist von dem Giesener Gericht also nur als „versuchter Totschlag“ und „Körperverletzung“ bezeichnet worden. Nach dem ganzen Verlauf der Gerichtsverhandlung war etwas anderes nicht zu erwarten. Wir schreiben nicht nach Blut und sind bekanntlich grundsätzliche Gegner der Todesstrafe — aber wann erhalten sozialistische oder kommunistische Arbeiter einmal an hiesigen Gerichten so milde Urteile?

Gegen das neue Zensurgesetz.

Am Donnerstag veranstaltete der Reichsausschuss kultureller Verbände im Herrenhaus in Berlin eine heftige Protestversammlung gegen den sogenannten „Geheimrat“ zur Schutze der Jugend bei Luftfahrten. Im Verlauf der Veranstaltung kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Gegnern und den ebenfalls zahlreich erschienenen Anhängern des Gesetzes.

Die Kundgebung schloß mit einer Entschließung, in der festgestellt wird, daß das genannte Gesetz in weiten Kreisen des Volkes starke Benutzungs hervorgerufen hat und eine schwere Schädigung zahlreicher wirtschaftlicher Interessen sowie eine gefährliche Bedrohung der politischen, geistigen und kulturellen Entwicklungsfreiheit unseres Landes bedeutet. Die Versammlung protestiert deshalb mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, auf Schleicwegen die in der Verfassung garantierten Freiheiten zu zertrümmern und durch Annahme des Gesetzes einen Zustand der Unfreiheit und Rechtsunsicherheit heraufzubeschwören, der Deutschland zu einem Geißel in der ganzen Welt machen würde.

Die Sparer danken der Sozialdemokratie für Unterstützung Dr. Best's.

Die Deutschnationalen hatten bei den letzten Reichstagswahlen die Erhaltung ihres Bestandes nur dem Kniff zu verdanken, daß sie den anerkannten Führer der Sparerbewegung, Dr. Best, an ausschlaggebender Stelle auf ihren Reichswahlvorschlag setzten. Sie erweckten damit und mit zahlreichen Aufwertungsdebatten den Anschein, als ob sie vollkommen mit dem Aufwertungsbestrebungen des Deutschen Sparerrundes einverstanden seien. Kaum war Dr. Best als Abgeordneter in den Reichstag eingezogen, da rückten die Deutschnationalen von ihm ab und verrieten die Sparer. Da Dr. Best aber als Mitglied des Aufwertungsausschusses auf die Vertretung seiner Ueberzeugung nicht verzichten wollte, entzog ihm die Deutschnationale Fraktion seinen Sitz im Ausschuss. Darauf schied Dr. Best aus der Deutschnationalen Fraktion aus und prangerte ihr verräterisches Verhalten in der Öffentlichkeit scharf an. Um dem genauesten juristischen Kenner der Aufwertungsfragen die Möglichkeit zu geben, seine Ansichten im Ausschuss zu vertreten, räumte damals schon die Sozialdemokratie Herrn Best einen ihrer Sitze im Aufwertungsausschuss ein. Als die Völkische Arbeitsgemeinschaft, der Dr. Best später als Hospitant beirat, ihn selbst in den Ausschuss delegierte, fiel der Ausschuss Dr. Best's wieder an die Sozialdemokratie zurück.

Jetzt hat sich die Völkische Arbeitsgemeinschaft gerade in dem Augenblick aufgelöst, in dem die Aufwertungsfrage im Rechtsausschuss des Reichstags aufs neue zur Beratung gelangt. Dr. Best wäre also jetzt wieder außerstande, an diesen Beratungen teilzunehmen, wenn ihn nicht eine andere Fraktion einen Sitz zur Verfügung stellte. Die Sozialdemokratische Fraktion hat ihm einen ihrer acht Sitze ohne jede Bindung für die Dauer der Beratung der Aufwertungsfrage eingeräumt. Auf die gegenförmlichen Antwortwort Dr. Best der Fraktion in einem Schreiben vom 30. März. Er betont, daß ihn durch Gewährung eines Sitzes im Rechtsausschuss ein namhafter Dienst erwießen sei, und fährt fort: „Für die hochherzige Tatbedeure ich mich, die Fraktion hierdurch meines herzlichsten Dankes zu versichern.“

Ebenso sagt der Vorstand des Deutschen Sparerbundes in einem an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichteten Schreiben: „Wir verstehen nicht, Ihnen für Ihr Entgegenkommen zugleich auch im Namen der von uns vertretenen geschädigten Sparer, Rentner und Gläubiger unsere verbindlichsten Dankes auszudrücken.“

Die albanische Gefahrenquelle.

Von Hermann Wendel.

In einer der StraÙe der Formosa brennt es und der Magistrat sitzt gemütsruhig beieinander und berät über die Zusammenführung und Ausrüstung der Feuerwehrtabteilung, die das Löschende zu übernehmen hat — so in im Augenblick das Verhältnis der Großmächte zu dem Streitfall zwischen Italien und Südslawien wegen Albanien. Zehn Tage sind verstrichen, seit die ersten Alarmrufe ertönten, und Wirkliches ist nichts geschehen. Den in Belgrad angeregten Gedanken, eine internationale Untersuchungskommission an die albanische Grenze zu entsenden, hat man glücklich fallen lassen und versucht jetzt, die italienische und südslawische Regierung zu unmittelbarer Aussprache an einen Tisch zu bringen. Hoffentlich gelingt es, ehe irgendwas ein Gewehr losgegangen ist. Vom Völkerverbund in diesem Zusammenhang zu reden, ist Verlegenheit.

Aber selbst wenn der Konflikt nach dem es jetzt in Europa brenzlich riecht, glatt und glücklich beigelegt wird, ist nur Zeit gewonnen, sonst nichts. Bleibt alles beim alten, so kann auch der prophetische Unbegebe mit Sicherheit vorauslagen, daß über kurz oder lang an der gleichen Stelle die Flamme abermals emporzungen wird. Ob es dann glückt, sie zu löschen, oder ob sie verderblich weitergreifen wird, entzieht sich jeder menschlichen Berechnung. Wenn dabei der Fakt von Tirana als Quelle des Übels bezeichnet wird, so gibt er in der Tat dem Mussolinismus die Gelegenheit, wann immer es ihm beliebt, einen Balkankrieg hervorzurufen; seit dem November 1926 führt von Rom eine Linie nach Tirana, wo sie in einer gestülften Pulverkammer endet. Es sind denn schon Vorschläge aufgetaucht, dem Vertrag, durch den sich Italien einseitig zum Protektor Albanien aufwirft, seinen Stachel zu nehmen, indem Südslawien ihm als zweiter Bürge der Unabhängigkeit des Schipjarenlandes beitrifft. Aber damit wäre nur ein wackliges Provisorium geschaffen, das, wie etwa von 1864 bis 1868 das Kondominium Preußens und Oesterreichs in Schleswig-Holstein, die Keime neuen bedrohlichen Zwischenfalls in sich trägt. Auch liegt der Eiterherd tiefer, als daß er mit Änderung von ein paar Paragraphen eines papiernen Vertrags von beiseiten wäre. Denn der wahre Quell des Übels ist, ohne Umhüweisse gesprochen, die „Selbständigkeit“, die „Souveränität“, die eigene Staatlichkeit Albanien!

Als auf der Londoner Konferenz von 1913 die Großmächte, genauer der österreichische und der italienische Imperialismus, die sich damit das Land für später auf Eis zu legen gedachten, die Gründung des albanischen Staates beschlossen, schlugen die wenigen Kenner der Frage entsezt die Hände über dem Kopf zusammen. Denn nirgendwo in der Welt gebracht und gebildet es so an Bausteinen und Material für einen lebensfähigen Staat wie in diesem Gebiet, das bis 1912 die verwahrloste Provinz der europäischen Türkei war. Die Germanen und Gallier zur Zeit Cäsars standen in vielem auf einer höheren Kulturstufe als die Stämme Nordalbanien, die, hinter den Wällen ihrer Hochgebirge verschannt, bis auf diesen Tag die Gentesverfassung der Urzeit bewahrt haben; in ihnen sah Friedrich Engels vor zwei Menschenaltern sehr wenig für die Zivilisation vorbereitete Barbaren, die jede benachbarte Regierung wegen ihrer räuberischen Gewohnheiten in strengster militärischer Unterwerfung halten müsse. „Bis der industrielle Fortschritt in den umgebenden Gebieten ihnen Beschäftigung als Wasserhändler oder Holzhaner geben wird. Liegt der Begriff Staat ganz außerhalb der Vorstellungswelt dieser hinterwäldnerischen Gentesverfassungen, so spiegelt er sich auch in den Köpfen der herrschenden Schicht, der Feudalherrscher Mittelalbanien, deren Dolmetisch Ahmed Beg Zogu ist, sehr eigenartig. Der Staat ist für sie höchstens ein Mittel, ihre vererbdeten Pachtbauern in einem Zustand zu halten, der der Leibeigenschaft näher kommt, als einem anderen Arbeitsverhältnis. Aber auch diese Hinterlassen der albanischen Grundherren in ihrer Zurückgebliebenheit und Verklawung sind ganz ungeeignet, die den Staat tragende Klasse abzugeben. Eine Freibauernschaft aber, ein Bürgertum fehlt. So konnte ein ernster Forscher wie Thopia seinen Eindruck von der Wirkung der Staatsgründung im Lande dahin zusammenfassen: „Nirgends war der staatenbildende, einheitsliche Wille eines Volkes zu sehen, das sein nationales Ideal der Verwirklichung nahegebracht sieht: die historische Bedeutung der seiner harrenden Aufgabe war im Volke unbemerkt geblieben.“

Auf's Haar genau so ist es noch heute. Die äußeren Attribute des Staates wie Fahne, Wappen und Briefmarken fehlen Albanien zwar nicht, aber dahinter steht nichts, was einem europäischen Staatswesen auch nur von fern gleiche. Nichts etwa ist lächerlicher, als die Nachricht, die dieser Tage durch die Presse ging, daß in Albanien „Völkisch-Jahrgänge Referenten“ einberufen worden seien, denn in einem Lande ohne Standesämter, ohne Bezirkskommandos, ohne Stannoffen, ohne allgemeine Wehrpflicht, mit 99,99 Prozent Analphabeten, was heißt da Jahrgänge, Referent und Überberufung? Nur eine rücksichtslos durchgeführte Bauernebene zu verschmähen den Rohstoff eines Staatsvolkes zu schaffen, wie es in allen anderen Volkstammungen der Fall war, aber zu einer durchgreifenden Agrarreform sind die Grundherren aus Selbstliebe, die Pachtbauern aus

Dinnacht unfähig. Was auch Parlament! Was Verfassung! Was Republik! ...

Der erhöhte Mehlszoll.



Is das der vom Bürgerblock verheißene Aufstieg!

Die Städte wollen höhere Steuerüberweisungen.

Der Preussische Städtetag hat an den Preussischen Landtag den Antrag gerichtet, darauf zu wirken, den Anteil der Gemein...

Die rigorosen Bestimmungen des Entwurfs des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes haben, wie der Städtetag weiter bemerkt, zur Folge, daß die Arbeitslosen in härtesterem Maße als bisher auf die allgemeine Fürsorge und die Arznenfürsorge abgehoben werden...

Aus dem Reiche.

Die völkischen Kreise sammeln sich bei den Deutschnationalen. Der Vorstand bei der Deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen besuchte sich am Donnerstag mit den Vorschlagsanträgen...

Weitere Herabsetzung der Jagdsteuerätze. In einem gemeinsamen Runderlaß des Preussischen Ministers des Innern und des Finanzministers wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine über den Rahmen des Runderlasses vom 14. Januar v. Js. hinausgehende weitere Herabsetzung der Jagdsteuerätze vorzunehmen...

nahungsweise bis auf höchstens 20 v. H. erhöht werden darf, wenn für den Kreis Umstände vorliegen, die eine schärfere Heranziehung der Jagdsteuerangehörigen Jagdberechtigten angebracht erscheinen lassen.

Das deutsch-französische Handelsvertrags-Protokoll unterzeichnet.

Paris, 1. April. (Eig. Frankf. Bericht.) Das Zusatzabkommen zu dem vorläufigen Handelsabkommen und den wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Frankreich und Deutschland ist, wie amtlich mitgeteilt wird, am Donnerstag...

Die belgische Regierungspolitik.

Brüssel, 30. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer billigte am Mittwoch einstimmig die Regierungserklärung Vanderveldes über die Beziehungen Belgiens zu England...

In der Frage der Höherbesteuerung hoher Einkommen, die einen Augenblick einen Konflikt heraufzubehängen drohte, trat eine Vermittlung ein, nachdem der sozialistische Generalrat sich mit den erregenen Jungsozialisten zufriedener erklärt hat.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die letzten Bestimmungen im polnischen Landtag, bei denen ein Mißtrauensvotum der linken Bauerngruppe gegen die beiden am weitesten rechts stehenden Minister der Bismarck-Regierung mit Hilfe der Rechten abgelehnt wurde...

Ein polnischer General verwahrt sich gegen den Vorwurf der Deutschfeindschaft. Der polnische General Komarow, von dem Korfanitz als „Korpspostilla“ meldete, daß er bei einem Banquet in Katowitz am 20. März einen Krieg mit Deutschland um Ober-Indien für unausbleiblich erklärt hatte...

Die polnisch-lithuanische Kommission in Tschern hat die Arbeiten über die Grenzziehung abgeschlossen. Dabei ist auch für diejenigen Fragen eine Lösung gefunden worden, die sich auf die Verwaltung der durch die Grenzziehung durchschnittenen Stadt Tschern beziehen.

Lebenszeichen der Moskauer Opposition. Nach Abschluß der Wahlen in der Stadt und im Gouvernement Moskau fand eine Sitzung des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei statt, in welcher der Vorsitzende Uglanow über verschiedene Beobachtungen berichtete, welche die Parteileitung während der Wahlkampagne gemacht hat.

Mussolini hält sich Vorbeeren in der libanesischen Wüste. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Rom, daß in der afrikanischen Provinz Cyrenaika die italienischen Kolonialtruppen in den letzten Tagen ein nicht unbedeutendes Stück Landes neu besetzt und die aufständischen Senussi vertrieben haben.

Aber nichts hindert die Sozialdemokratie, mit dieser Forderung weitgehend voranzugehen, denn nichts an ihr widerspricht dem Wesen des Sozialismus.

Verfolgungen

Der Sozialdemokratie in Rumänien.

Hungerstreik ukrainischer Sozialdemokraten.

Die Allianz mit Mussolini treibt die rumänische Regierung Awerescu immer weiter auf dem Wege der faschistischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Ganz besonders richtet sich der Kampf gegen die ukrainischen Sozialdemokraten.

Sozialistische Literatur, die in allen Kulturstaaten freiküchlich ist, ist in Rumänien Gegenstand hochgradigster Verfolgung und der Konfiskation. Auf Anzeige eines ehemals wegen Spionage verurteilten Spitzels und jener Agenten der Securitate (Staatspolizei), namens Willner, wurden in der öffentlichen Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins „Morgenrot“ Hausauskundschaften vorgenommen.

In verschiedenen Universitätsstädten Rumäniens sind neuerdings Studentenunruhen antisemitischen Charakters ausgebrochen. In Iaoulenburg wurden jüdische Studenten blutig geschlagen. In Czernowitz zogen Studenten durch die Straßen und zertrümmerten die Fenster der Anzeigen jüdischer Kaufleute.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.

Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Westheimer.

„Ich glaube nicht, daß du viel Schaden gestiftet hast, Robin. Sie wird im Bootshaus keine Spur meines Besuches entdecken, hoffe ich. Und wenn sie nichts findet, wird sie glauben, daß du wirklich Passagier bist und daß es nur eine zufällige Uebersichtnahme gewesen ist.“

anderen interessierte, den in Suggens' Hotel verübten Mord? Entlarvung von Schmugglern war ja auch eine ganz schöne Sache, aber Wilson interessierte sich hauptsächlich für Schmeicheleien.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Soweit, wie wichtig es für die Zeitbede ist, daß Philosophen verheiratet sind. Oberinspektor Wilson begab sich Tags darauf wieder nach Parame, aber diesmal wanderte er allein, trotz des Gehalts seines ältesten Sohnes.

abhielte den Haupteingang des Hauses. Eine Dame in mittleren Jahren, in der er Mrs. Culpepper erkannte, sah in einem Lehnstuhl im Garten und las eine englische Zeitung.

Wilson hielt einen Besuch an diesem Tage bei Mrs. Culpepper in Abwesenheit ihrer Tochter oder einer längeren Beobachtung der Villa für zwecklos.

Durch geschickte Manöver zog er den jungen Mann in's Gespräch. Er fragte ihn, ob hier in der Nachbarschaft Engländer lebten. Diese Frage hatte einen plötzlichen Ruck des Daumens gegen die Culpepper-Villa zur Folge und löste die Bemerkung aus, daß dort einige Sonderlinge lebten.

(Fortsetzung folgt.)

Finanzdebatte im Reichstag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung steht der Kriegslastenetat.

Abg. Dörmann (Ztr.) wünscht eine bessere Unterrichtung über die Leistungen aus dem Dawes-Abkommen. Der Redner weist dann darauf hin, daß diese Lasten bald den Umfang erreicht haben würden, den der gesamte Reichshaushalt vor dem Kriege hatte. Trotzdem habe die wirtschaftliche und politische Entwicklung denen recht gegeben, die dem Dawes-Abkommen im Jahre 1925 zugestimmt hatten. Die bisherige Ausführung des Abkommens müsse schließlich den Wirtschaftspolitikern aller Länder die Erkenntnis beibringen, daß eine Milderung des bisherigen Systems im allseitigen Interesse herbeizuführen sei. Das Zentrum erkläre, daß die Verpflichtungen des Dawes-Abkommens zwar rechtlich erfüllt werden sollen, aber es erwarte von der Loyalität der Vertragsgegner, daß bald eine Revision des Abkommens vorgenommen werde, die eine endgültige, der Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches angepaßte Regelung bringe.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) weist darauf hin, daß der vorliegende Etat noch keine Klärung darüber gebe, welche Lasten Deutschland infolge des verlorenen Krieges zu tragen habe.

Abg. Dr. Lugsch (Dnat.) glaubt, daß die Steuerlast des deutschen Volkes angesichts der Verlesung nicht mehr stärker werden könne, zumal das jedesmal automatisch eine Steigerung der Reparationslasten zur Folge habe. Unser Bestreben müßte darauf gerichtet sein, uns von der Kontrolle der Eisenbahn, der Banken, der Zölle usw. zu befreien.

Abg. Reil (Soz.):

Mit der ernsthaften Rede Dr. Dörmanns können wir uns einverstanden erklären. Festhalten will ich die Erklärung des Vorredners, daß bereits eine Verlesung großer Teile des deutschen Volkes eingetreten sei. Die deutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik ist daran nicht unschuldig. Besonders unterstreichen möchte ich, was Dr. Dörmann über die Unvernunft der Hochschulzollpolitik gesagt hat. Nur ist diese Politik leider auch von Deutschland noch gefördert worden.

Abg. Schneider-Dresden (D. Vp.): Wenn wir aber überhaupt so weit seien, daß wir jetzt über die Beseitigung dieses Problems reden könnten, so sei das der Reparationspolitik zu danken, die vor 2 1/2 Jahren von der Mehrheit des Hauses getrieben worden sei und die uns von den Ultimaten, Drohungen usw. befreit habe.

Abg. Buchwitz (Soz.):

In der Frage der Entschädigung der Liquidations- und Kriegesbeschädigten sind wir entschieden dagegen, daß man auf der einen Seite an den sozialen Ausgaben spart, um auf der anderen Seite die Mittel für diesen Zweck aufzubringen. Die Sozialdemokratische Fraktion tritt energig dafür ein, daß für Hilfe besonders an die Kleinen und mittleren Geschädigten gesorgt wird. Vielen aus ihrer früheren Existenz Entwürfen muß geholfen werden. Wenn es sich darum handelt, die Mittel aufzubringen, so verweisen wir darauf, daß noch eine ganze Anzahl Quellen aus Kapital- und Kapitalverkehrssteuern erschlossen werden können.

Der Etat wird darauf nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Das Haus geht die Haushaltsberatung beim Etat des Reichsfinanzministeriums fort.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.):

Es hat sich beim Etat darum gehandelt, das Defizit von rund 2 Milliarden zu decken. Die Regierungsparteien haben sich dabei nicht gekümmert, eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Ausgaben zu streichen, dabei muß noch eine bedenklliche Ausgabensumme für Lohn- und Gehaltssteigerungen zu denken, die durch die Erhöhung der Mieten notwendig sein werden. Wir haben jetzt einen Rückgang der Umsatz- und Lohnsteuererträge zu verzeichnen, dafür aber eine dauernde Steigerung der Massenverbrauchssteuern. Aus den Massenverbrauchssteuern kommt jetzt noch einmal sozial ein, wie aus den Besitzsteuern. (Hört! hört! bei den Soz.) Immer deutlicher zeigt sich, daß die Hauptlasten die minderbemittelten Kreise zu tragen haben, dazu kommt noch die steigende Belastung durch die Zölle. Eine Familie von 5 Köpfen zahlt jetzt an Verbrauchssteuern 71 Mark im Jahre, davon 15 Mark für Zundersteuer, dazu kommen noch die Leistungen für Lohnsteuer, Wertssteuer usw.

Die Sozialdemokratie verlangt deshalb die stärkere Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Steuerlasten und eine entsprechende Erleichterung für die minderbemittelten Volksteile. Wir fordern also die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, den Ausbau der Vermögenssteuer, die Verschärfung der Erbschaftsteuer und der Kapitalverkehrssteuer. Das Mißverhältnis in der Besteuerung zwischen Stadt und Land ist zu einem wahren Skandal geworden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Redner zeigt an einigen Beispielen aus dem agrarischen Ostpreußen, in welcher skandalösen Weise sich der große Grundbesitzer seiner Steuerpflicht zu entziehen versucht und das wird noch durch die landwirtschaftlichen Organisationen, in Bayern sogar durch die amtlichen Bauernkammern, gefördert. (Hört! hört! bei den

Soz.) Das heutige Bewertungsverfahren hat nicht den geringsten Wert. Ist das Reichsfinanzministerium gewillt, diese Steuerlasten noch weitergehen zu lassen? Wir müssen endlich zu einer besseren Erfassung der leistungsfähigen Kreise kommen, um die weniger bemittelten Schichten entlasten zu können. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Aber nicht nur die gesetzlichen Vorschriften sind unzulänglich, sondern auch ihre Anwendung durch die Finanzverwaltung. Durch den Abbau bei den Finanzämtern ist der größte Schaden angerichtet worden, mit der Arbeitskraft der verbliebenen Beamten ist geradezu Raubbau getrieben worden. Dazu kommt die komplizierte Gesetzgebung und die Fülle von Verordnungen, die die Arbeit der Beamten und Angestellten bei den Finanzämtern vielfach geradezu zum Martertum gemacht haben.

Das heutige System hat eine schwere Benachteiligung der ehrlichen Steuerzahler zur Folge. Der Reichsfinanzminister darf jetzt nicht wieder bloße Verprechungen machen, sondern muß endlich eine durchgreifende Reorganisation der Finanzverwaltung durchführen. Die Steuerausgänge haben sich gut bewährt, einzelne Finanzämter behandeln sie allerdings noch als Eindringlinge. Die Mitglieder der Steuerausgänge müssen genaue Anweisungen darüber erhalten, wie weit ihre Rechte und ihre Pflichten gehen. Die Verteilung der Steuerleistungen muß nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit angenommen werden. Das Reich darf nicht nur Lastenträger, es muß auch Steuer-einnahmer sein. Die Steuerhöhe ist die beste Klammer für die Reichseinheit. Wir werden jedem Versuch, diese Klammer zu lösen, mit der größten Entschiedenheit entgegen-treten. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Gerde (Dnat.) wünscht einen Abbau der Ausgaben der Steuerverwaltung, um ihre Überlastung zu beseitigen. Außerdem sei auch eine Vermehrung der Beamten notwendig. Die jetzt 10 Prozent betragenden Zinsen für Steuer rückstände seien zu hoch, sie müßten abgebaut werden. Die Beförderungsmöglichkeiten müßten verbessert werden, damit nicht sozial Beamte in besser bezahlte Industriestellungen übergehen. Mit der Beamtenvermehrung müsse die Rationalisierung der Verwaltung Hand in Hand gehen. Die Zahl der Steuertermine sei zu groß, die Steuerstellen müßten zusammengelegt werden.

Abg. Dr. Scheller (Ztr.) weist darauf hin, daß die Steuer-verwaltung beim Volke aus begreiflichen Gründen nicht beliebt sei. Die Grundlagen der Steuergehalte und -sätze müßten möglichst wenig geändert werden, aber man könne eine noch größere Vereinfachung und Vereinheitlichung der Steuerformulare fordern. Die Termine müßten vermindert und in künftigen Jahren in bestimmte Orte verlegt werden. Steuer rückstände bis 1924 solle man niederschlagen. Allerdings sei das Lohnsteuertarifkommen neunmal so hoch gewesen wie das aus landwirtschaftlicher Einkommensteuer. — Das sei jedoch auf den Rückgang der Rentabilität der Landwirtschaft zurückzuführen gewesen!

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) bezeichnet es als einen Fehler des vorigen Ministers, daß er die Bauabteilung seines Ministeriums befreit habe, ohne an deren Stelle eine Zentralbauabteilung zu schaffen. Erkläre ich es, daß die untertänigen Industrieabteilungen des Reiches abgetrennt worden seien und daß die übrigen bei einem Anleihekapital von 120 Millionen eine Dividende von 7,2 Millionen für das abgelaufene Geschäftsjahr erwarten ließen. Die Zahl der hochqualifizierten Beamten könne gering gehalten werden, dagegen müsse man den Beamtenapparat der Steuerverwaltung, der überlastet sei, stärker belegen.

Abg. Hölein (Komm.) wirft dem neuen Reichsfinanzminister vor, daß er die Befehle von den Kriegslastentenden Deutschen Nationalen entgegennehme. Dr. Köhler könne getrost in flunkert wie sein Vorgänger, er überträte ihn noch im Ministerium. (Die Ausführungen des Redners werden von der Rechten mit großer Heiterkeit aufgenommen. Vizepräsident Niefer erwidert ihm, sich in seinen Ausdrücken zu maßigen.) Die Reichsregierung habe ihren Etat mit dem Ziel aufgestellt, große Summen zur Verfügung zu haben, um gegebenenfalls gegen den Reichstag regieren zu können.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt energische Eintreibung der Steuer rückstände. Am besten sei es, zunächst einmal keine neuen Gesetze zu machen, sondern die nachgeordneten Stellen allein arbeiten und die Steuergehalte vernünftig anwenden zu lassen. Die Landwirtschaft müsse nach vereinfachtem einheitlichem System besteuert werden. Die Zahl der Steuerprüfer sei in den großen Industriezentren viel größer als man gewöhnlich annehme; das gehe schon aus der großen Zahl derjenigen hervor, die auf Grund ihres Verbrauches nachher anlag worden sind. Der Redner begründet seinen Antrag seiner Fraktion auf Einführung des dreijährigen Durchschnitts für die Einkommensteuerveranlagung.

Abg. Mollath (Wirtsch.) beschwert sich über die hohe steuerliche Belastung des Mittelstandes und behauptet, daß die Steuergehalte gegen die Gewerbetreibenden am härtesten angewendet würden. Das habe sogar schon zur Freiheitsberaubung geführt.

Abg. Horlacher (Bayr. Vp.) erklärt den Umfang der Steuer rückstände zum Teil damit, daß man die Steuern vielfach auf-lausen ließe, so daß sie jetzt nicht mehr beigetragen werden könnten. Der sogenannte Best- bringe mehr als 3 Milliarden Mark

allein an Landes- und Gemeindesteuern auf. Wer das ver-schweige, treibe Volkserhebung

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

kündigt für das Jahr 1927 eine umfassende Reorganisation und Vereinfachung in der Finanzverwaltung an. Dessen Zweck diene die jetzt geforderte Vermehrung von Beamten bei den Finanz-ämtern. Durch sie solle auch die Eintreibung der Steuer rückstände bewirkt werden.

Abg. Meier-Baden (Soz.) fordert die Offenlegung der Steuerlisten.

Abg. Frau Uening (Soz.) begrüßte einen sozialdemo-kratischen Antrag, der verlangt, daß den ehemaligen Kriegsgefangenen die ihnen für ihre geleistete Arbeit zuzurechnenden Guthaben von der deutschen Regierung aus-bezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, ob eine Rückvergütung durch die fremden Regierungen zu erlangen sei.

Zünftige Beschlussfähigkeit wurde das Haus um 10.30 Uhr abends schließlich verlegt. Auch für heute ist ähnlich wie gestern mit einer Dauerstimmung zu rechnen.

Polizeidebatte im Landtag.

Der Landtag führte am Donnerstag in einer lang-ausgedehnten Sitzung die Generaldebatte über den Etat des Innenministeriums (Polizeifrage) endlich zu Ende. Zentrum und Sozialdemokraten hatten versucht, nachdem die erste Redner-reihe gesprochen hatte, dem überflüssigen Gerede durch einen Schlußantrag ein Ende zu bereiten, blieben aber in der Minder-heit, da die Demokraten durchaus noch einige Besoldungswünsche vorzutragen gedachten. Die Folge war, daß stundlang die ver-schiedenen Richtungen der Völkischen und die Kom-munisten die Debatte beherrschten. In der denkbare breitesten und wütesten Form beschimpfte man sich gegenseitig wegen der Prügeleien der letzten Wochen und machte bis ins Kleinste hinein nachzuweisen, daß die andere Partei der an-greifende und allein schuldige Teil gewesen sei. Einzig waren sich aber Völkische, Nationalsozialisten und Kommunisten in der Bro-kammerung des Reichs auf Terror, in der Beschimpfung der Polizei und im Kampf gegen die „Spitze“ des sozialdemo-kratischen Innenministers. Dabei bestätigten die Deutschnationa-len durch Zwischenrufe, daß auch sie unter Spitzeln die Polizei-beamten selbst verstanden. Wenn ein Sozial-demokrat preußische Beamte mit solchen Ausdrücken belegt hätte, möchten wir nicht den Lärm hören, den die Deutschnationalen wegen Beamtenfeindschaft und Beamtenbeleidigung anstellten.

Innenminister Grzesinski

legte noch einmal nachdrücklich die bekannten Grundsätze dar, daß die Polizei niemandem ein Recht auf Selbstschutz und Selbst-verteidigung mit Waffen eintäumen könne, und sie gegen alle bewaffneten Horden streng einschreiten müsse. Die un-genügende Besoldung der Polizei-beamten er-laubte er an, aber sie zu erhöhen, hängt so natürlich nicht von ihm, sondern vom Finanzminister und von den Be-schlüssen des Landtages ab. Gegenüber der deutschnationalen Kritik an der Polizei machte der Minister darauf aufmerksam, daß vor dem Kriege die Polizei lauter ausgebildeten Mannschaften aus dem Heere übernahm, während sie jetzt ihre Leute selbst aus-bilden muß, was natürlich einen höheren Bedarf an Mann-schaften erfordert.

Am Freitag geht das preußische Ausführungsgesetz zum Finanzausgleich und die Verlängerung der Grundsteuer auf der Tagesordnung.

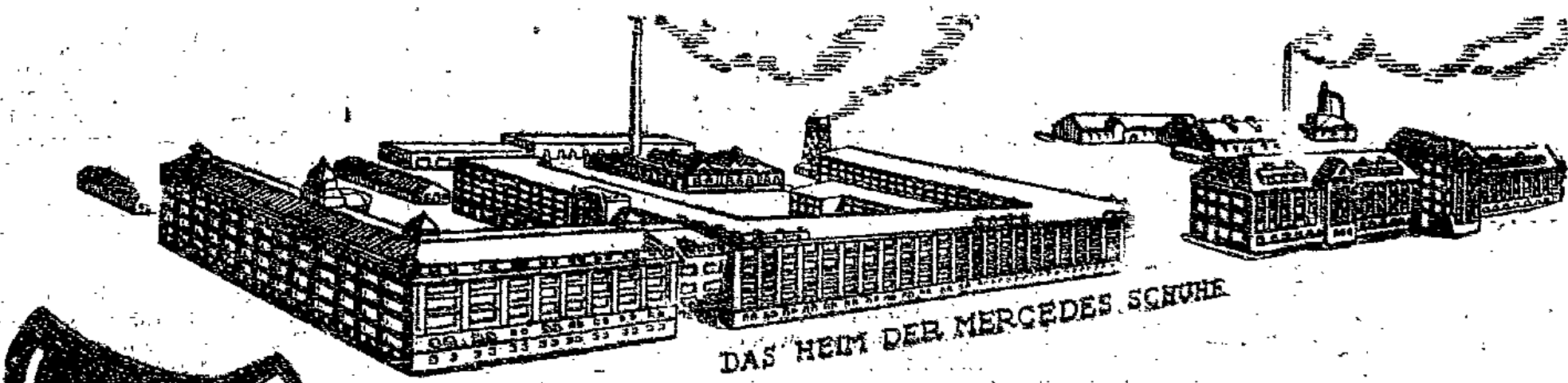
Breslauer Produktenbörse.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 31. März gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (mit für nachfolgenden gilt der Erzeugerpreis) ab schlechter Veredelation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die nach Nachprüfungen Breslau verbleiben). Tendenz: Getreide: Gut behauptet. Karzelle: Ruhig. — Futtermittel: Steig. — Milch: Regere Nachfrage.

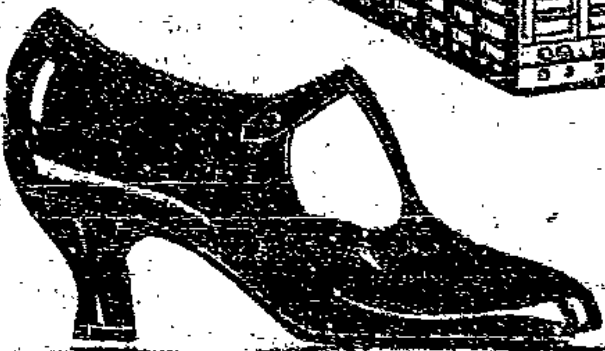
Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen 1000 kg		Vollkorn:	31	30.
	31	30.			
Weizen 75 kgf	28,50	28,50	Winterweizen *	—	33,00
Weizen 71 „	27,10	27,10	Leinweizen *	—	37,00
Koggen 71 „	26,10	26,00	Seufamer *	—	37,00
Koggen 68 „	25,00	25,00	Safrana *	—	24,00
Hafers *	20,00	19,70	Blauhafer *	—	26,00
Braugerste (SS)	24,00	24,00			
Mittlergerste	19,00	19,00			
Wintergerste *	19,00	19,00			

Futtermittel. Nachfolgende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Barität Waggon frei Breslau für ganze Waggonladungen.		31		29	
Weizenmehl	14,00-15,50	14,00	15,50	Malzmehl	14,50-15,50 14,75-15,75
Koggenmehl	14,00-15,00	14,00	15,50	Trodenjähmel	12,25-12,75 12,25-12,75
Gerstenmehl	17,00-19,50	17,00	19,50	Weizenmehl	11,00-11,50 11,00-11,50
Hafermehl	21,50-22,50	21,50	22,50	Gerstenmehl	11,75-12,52 11,75-12,25
Rapskuchen	16,00-17,00	16,00	17,00	Hafermehl	11,25-11,75 11,25-11,75
Palmfettkuchen	18,25-19,25	18,25	19,25	Gerstenmehl	18,50-19,00 18,50-19,00
Sejamskuchen	23,00-24,00	23,00	24,00	Sojamehl	ca. 44% 21,00-22,00 21,00-22,00
Kolosskuchen	19,75-21,75	19,75	21,75		
Winterweizen	18,00-19,00	18,00	19,00		
Reisfüttermehl	16,00-17,00	16,00	17,00		
Stierfütter	15,25-16,25	15,50	16,50		

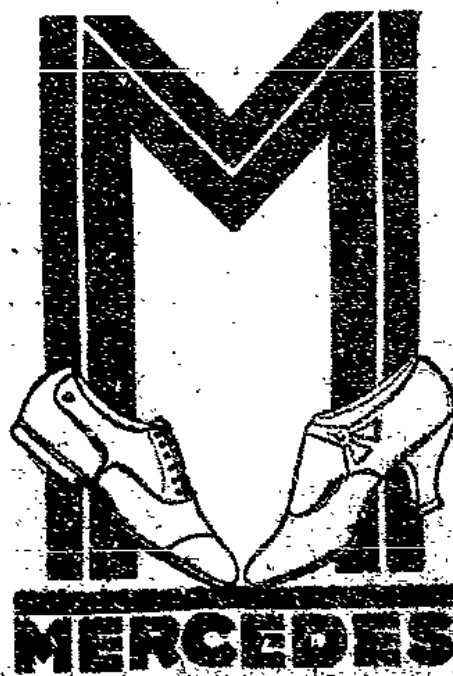
MERCEDES



DAS HEIM DER MERCEDES SCHUHE



Dauernd verbessert — dauernd verbilligt
in jeder Preislage etwas Besonderes



In Breslau: Schweidnitzer Straße 43a, Ecke Hummerel

Der erste Eindruck ist entscheidend
Zum Frühjahr!

Herren-Anzüge
mod. Stoffe, in hell u. dunklen Farben
35.—, 30.—, 19⁵⁰
28.—

Herren-Anzüge
in Gabardine und blauen Kammgarn, I. u. II. reihig, gute Verarbeitung
65.—, 55.— 43⁰⁰

Sport-Anzüge
in haltbaren Stoffen
50.—, 45.—, 25⁰⁰
36.—, 28.—

Frühjahrs-Mäntel
aus Gabardine, mod. Form
69.—, 58.—, 27⁵⁰
48.—, 35.—

Gestr. Herrenhosen
15.—, 12.—, 9⁵⁰
7⁵⁰, 6⁷⁵, 2⁷⁵

Gummi-Mäntel
von 12⁰⁰ an

Herren-Windjacken
a. impräniert, Stoffen
19⁷⁵, 15⁵⁰, 7⁵⁰
13⁵⁰, 9⁵⁰

Eugen Hamburger
Spezialhaus für Herren-Bekleidung
Reichstraße 31, Ecke Springerstr., Parterre u. I. Etage.
2 Minuten vom Hauptbahnhof. 7111



Die meisten Hausfrauen glauben immer noch

es sei nur möglich, mit Butter eine gute Küche zu führen. Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, dass solche Ansichten völlig veraltet sind. Weder an Geschmack, noch an Nährwert, noch an Verdaulichkeit besteht auch nur der geringste Unterschied zwischen Butter und dem vollendetsten Erzeugnis der Margarine-Industrie, der Feinkostmargarine „Blauband frisch gekirnt“, sie ist ein Edelprodukt von ausserordentlichem Wert.

EMERICH RUGER



1/2 Pfd. 50 Pfennig

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis.

Nur kurze Zeit!

Solange Vorrat!
Billige Mäntel

für Damen und Herren
Loden: I 19⁵⁰ II 29⁰⁰ III 39⁰⁰
Gummi: I 19⁵⁰ II 24⁰⁰ III 29⁰⁰
Windjacken: I 12⁵⁰ II 16⁵⁰ III 19⁰⁰

Ohlauer Str. 84
Ecke Schuhbrücke

Warnung!

Wollen Sie achten, guten **Cichorien?**
Dann beachten Sie bitte, daß die Pakete Acht **Scheuers** Doppel-Ritter-Cichorien mit dem „S“ im Hufeisen versiegelt sind.

„Scheuer-Cichorien — Euer Cichorien“
Stammfabrik gegründet 1812

Kommen Sie
unser reichhaltiges Lager in
Möbel
aller Art beschaffen
Teilzahlung nach Vereinbarung!
Albrechtstr. 39, I. Etage
Gesellschaft für einfache Wohnungseinrichtungen, Breslau.

Cremers Tapetenhaus
Tapeten in großer Auswahl, Rolle von 18 Pl. an
Fußbodenlackfarbe 1.50 Mk.
Alte Taschenstr. 22

Liederbuch
600 Reichhaltiges
Schwarz Rot. Cover
60 Lieder mit Noten
Preis 80 Pf.
Verzucht in Dresden

Bennize die Buchkarte
Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir gediegenes
amerikanisches Wert erwerben
Wende Dich sofort an
Buchhandlung Neumann
Neumann, Neumann, Neumann

Obstbäume
Pflirsche 7013
Stachel- und Johannisbeeren
auch schwarze Johannisbeeren
Rosen
Erdbeerpflanz.
Blütenstauden
Balkenrollen, Kadelbäume
Kompostboden und Dünger
Paul Matt
Breslau-Grüneiche 27
an der Engelhardt-Brücke
Fernsprecher: Ring Nr. 3122
Anleitung v. Gartenanlagen
Saberköder
auf 1930
Teilsabinnig
wöchentliche Abzahlung
Georg Greulich
Sommerei 52.
Bettfedern
Zettige Bettfedern, Bettwäsche
Eiserne Bettstellen
für Kinder und Erwachsene
Zellulosewatte, Spinnweben
Längeres noch als sonst
Teilzahlung gestattet
Möbel, Tischdecken, etc.
über Schenkstraße 7
Berechnung
unser
Inserat!

Aus Anlaß unseres **25** jährigen Bestehens
veranstalten wir vom 1. bis 14. April einen großen
Jubiläums-Verkauf

Wir haben zu diesem Zwecke große Warenposten enorm billig bereitgestellt und gewähren außerdem
10% Sonderrabatt
Aus der Fülle der Angebote: Einige Beispiele:
Rips-Mäntel in reine Wolle von 19⁵⁰ an
Rips-Kostüm in reine Wolle von 37⁵⁰ an
Crêpe de Chine-Kleid mit langem Arm, Ia Qualität von 29⁵⁰ an
Veloutine-Kalder mit langem Arm, viele Farben von 38⁵⁰ an
Außerdem die Kleiderauswahl:
Kostüme · Mäntel · Kleider · Blusen
in allen Stoffarten, auch für stärkere Figuren

Modelle in **Pflanz, Kostüme, Kleider**
auch in großen Weiten, in „wunderpörliger Ausführung“
Breslaus bekanntes Etagengeschäft.
Aschner
55 Albrechtstr. 55 nur I. und II. Stock. 1. Viertel vom Ring

Kaufhaus Nothenberg
Augustastr. 132 · Gräbischener Str. 86
Schellingstr. 10
Reellste Bedienung
Niedrigste Preise

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. April

Eine polnische Sozialistin spricht zu den Breslauer Arbeitern.

Im Rahmen der Internationalen Frauenwoche veranstaltete die Sozialdemokratische Partei Breslaus gestern eine Kundgebung für Völkerverständigung und internationale Solidarität, zu der als Rednerin eine Führerin der polnischen Sozialisten, die Genossin Dorota Klusznicka, Mitglied und Staatsrednerin des Polnischen Senats, gewonnen war. Genossin Dr. Kastein gab als Vorwörter in seinen Begrüßungsworten der Freude Ausdruck, hier in Schlesien gerade eine polnische Parteigenossin begrüßen zu können, die mit den deutschen Sozialisten zum selben Ziele strebt. Gerade bei uns nimmt ja der Nationalhaß meist die Form des Polenhaßes an und gerade der deutsch-polnische Gegensatz bedroht Frieden und Wirtschaftslage der schlesischen Arbeiter und muß daher durch internationale Verständigung von uns überwunden werden.

Genossin Klusznicka erwiderte, daß auch sie mit besonderer Freude nach Schlesien gekommen sei. Vor einigen Jahren hätte dazu noch Mut gehört, nicht weil die deutschen Sozialdemokraten damals eine polnische Genossin etwa unfreundlich aufgenommen hätten, sondern weil die polnischen Nationalisten sie bei ihrer Rückkehr als Verräterin und Dienerin Deutschlands aufs wüthendste beschimpft haben würden. Etwas weiter sei man heute doch schon, wenn auch der Weg zum Ziel des internationalen Sozialismus nur langsam und ohne große Sprünge zurückgelegt werden könnte. Sie, die Rednerin, glaube, eine gute Patriotin zu sein und liebe ihr Land. Aber für eine Sozialistin sei das noch kein Grund, das Nachbarland zu hassen. Wenn die Kapitalisten nur in solchem Haß gegen den Nachbarn den richtigen Patriotismus sehen könnten, so sei das freilich verständlich. Ihnen trage ja der Krieg Prozedente. Gerade die Frauen wühlten ja nach, wie während des Weltkrieges sie statt der uns Feld geschickten Männer an die Fabriken mühten, die damals Kriegsgewinne abwarfen. Allgemein traffe die ärgste wirtschaftliche Not in der Arbeiterklasse ja die Frau mit ihren Kindern am schwersten. Trotzdem erfüllen noch heute viele proletarische Frauen ihre Pflicht nicht, wenn sie schon den kleinen Kindern das Soldatenpiel lehren, nachdem sie schon vor den Reichden das zweifelhafte Vorrecht zu bekommen pflegten, dem Staate recht viele Soldaten zu gebären. Erweckung des Klassenbewußtseins in einem einzelnen Lande könne nicht genügen, daher die internationale Aktion der Sozialdemokratie, um überall das Völkerverständnis im Kriege endlich als etwas fürchtbares zu erweisen. In internationaler Zusammenarbeit der Kapitalisten fehle es auf der anderen Seite ja durchaus nicht. Auf der Arbeiterseite aber seien gerade die Frauen in vielen Ländern, darunter, sowohl in Polen wie in Deutschland, hinter den Männern in der politischen Aufklärung zurück, wobei Übergläubigen, religiöse Angst vor der Hölle und ähnliche Vorstellungen eine große Rolle spielen.

Keinesfalls dürfe man sich damit begnügen, dem Kapitalismus die Schuld an Ausbeutung und Krieg zu geben. Das sei zwar bequem, verhülle aber dem Arbeiter seine eigene Mitschuld, die gerade auch bei dem politischen Zurückbleiben der Frauen so deutlich gemacht werden könne. Wie viele Männer hätten die Teilnahme ihrer Frauen am politischen Leben für überflüssig, wie viele Frauen schrieben die Schuld für ihre schlechte Lage auf den Mann, statt zur Einsicht über die tieferen Zusammenhänge zu kommen. Wie groß ist die Mitschuld der Eltern, die ihre Kinder schlagen, an der Berechnung des Willens und des Selbstgefühls einer zukünftigen Generation!

Die heutige Generation, die den Krieg noch selbst erlebt habe, müsse daraus eine besondere Vertiefung ihrer Pflichten entnehmen. Sie wolle in ihrer großen Mehrheit den Krieg sicherlich nicht, weder in Deutschland, noch in Polen, wo man das Blutvergießen ja im Lande selbst hatte, wo noch heute tausende Leute in Schützengräben wohnen, weil man infolge der Kriegswirkungen noch keine Häuser für sie erbauen konnte. Und trotzdem gäbe es seit fünfzig Jahren wieder die Probe eines neuen Krieges, der Polkrieg zwischen Deutschland und Polen.

In Deutschland seien allein dadurch über hunderttausend Menschen arbeitslos, auch in Polen verschärfte dieser Konflikt die wirtschaftliche und soziale Lage auf das ungünstigste. Trotzdem finden weder dies seit noch jenseits der Grenze noch Massendemonstrationen für das Ende dieses Wahnsinns und den Abschluß eines Handelsvertrages statt. Schon sehe man an Balkan auch wieder die Blitze des militärischen Krieges, wenn auch noch in diplomatischer Wolke verhüllt. Soll es wieder dazu kommen, daß evangelische, katholische und jüdische Geistliche aller Zungen die Waffen segnen, die dann einen Ozean von Tränen über die Menschheit hereinbringen?

In Wien veranstaltet man statt der einen Internationalen Frauenwoche drei solche Wochen mit rund 800 Versammlungen. In England geben die sozialistischen Frauen jetzt einen ganzen Monat lang von Tür zu Tür. In Polen würde gegenwärtig von den Sozialisten zu den Frauen im selben Sinne gesprochen wie in Deutschland. Nicht noch einmal dürfe es so weit kommen wie 1914, wo der Wille der Sozialisten gegen den Krieg nicht gefehlt habe, der ja ein Jahr vorher in Basel so machtlos befunden wurde, wo aber ihre Kraft nicht ausreichte gegen das große Unheil. Christliche Nächstenliebe und Furcht vor der Hölle hätten dort nicht versagen dürfen, wo arbeitslose Leid über die Menschheit heraufbeschworen ward und selbst Kinder zum Beispiel in Polen zu fürchterlichsten Hungerkrankheiten verdammt wurden. Es gelte, der kranken Gesellschaftsordnung das Fieberthermometer anzulegen, wenn sie sich auch dagegen sträube. Es gelte, der neuen Zeit ihr neues Lied zu singen, das Lied von der menschlichen Freiheit und Selbstbestimmung. In Polen gebe es noch heute alte Leute, die unbezähnte Zwangsarbeit auf dem Lande erlebten und die heute keine Trömmel des Fremden mehr zur Nachhilfe aus ihren Hüften herauszolen würde. Man könne als vorwärts gelangten, freilich nur durch internationale Solidarität. Ein Beispiel dafür sei die Nichtdurchführung der auf sich guten, von sozialistischen Ministern erlassenen Achtstundentagsgesetz für Polen nach der Verlängerung der deutschen Arbeitszeit, Zollgrenzen und nationale Abschließung, die die internationale Arbeitslosen-Relaxation des Kapitals überall vermehren, ermöglichen solche Erfolge der Reaktion. Ihnen sehen wir, unseren internationalen Verständigungs- und Friedenswillen entgegen!

Rechtsler, Beifall dankte der Rednerin, die sich in einem lebendigen, blickreichen Deutsch mit österreichischer Dialektfärbung nicht nur Verständnis, sondern auch starken Eindruck für ihre Ausführungen verschaffte. Der Vorsitzende unterrichtete gerade vom Standpunkt der deutschen schlesischen Arbeiterklasse die Ausführungen der Rednerin gegen den deutsch-polnischen Polkrieg und schloß die Kundgebung, die von den Klängen der Internationale und des Sozialistenmarsches eingeleitet und befohlen wurde, mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Eine stürmische Sitzung. — Schwarz-weiß-rote Schädigkeit gegen die Allerärmsten. Sozialdemokratische Anträge für Wohlfahrtsempfänger und Sozialrentner. Die geheime Sitzung aufgefliegen.

Donnerstag nächster Woche findet die Generaldebatte über den neuen Haushaltsplan statt. Das sorgenschwängere Grünbuch lag bereits gestern auf allen Tischen aus, kein Wunder, daß bereits eine Art Vorverhandlung einsetzte. Das geschah zunächst bei der Schulgeldfrage. Schul- und Haushaltsausschuss haben eine Erhöhung des Schulgeldes an den höheren und Mittelschulen abgelehnt. Die Kommunisten griffen gestern einen sozialdemokratischen Antrag auf Staffelung des Schulgeldes wieder auf, und Genosse Pietsch setzte sich in längerer sachkundiger Rede für die Staffelung ein. Schließlich wurde die Frage nochmals in den Ausschuss verwiesen! Bei Gelegenheit dieser Besprechung geriet der deutschnationalen Fraktionsführer Thum bereits schwer in die Enge. Er hatte sich wieder einmal als der verantwortliche Mann gegenüber den schlechten Stadtfinanzen aufgespielt, und war durch Zurufe daran erinnert worden, wie sich die Deutschnationalen vor der letzten Wahl als die Retter empfohlen haben. Da erklärte er, die Sozialdemokraten hätten die heutige Finanznot durch ihre fortwährenden Anträge verursacht. (Die Anträge auf Unterstützung von Notleidenden! Red.) Also diese Anträge sind den Deutschnationalen so unangenehm gewesen, obwohl sie kaum jemals dagegen zu stimmen wagten! Herr Thum behauptete aber auch, zur Zeit der sozialdemokratischen Mehrheit seien „die Verhältnisse besser“ gewesen. Da hört doch alles auf! Die erste Nachkriegszeit mit ihrem Mangel an Nahrungsmitteln, an Kohlen, an Kalk und Ziegeln, an Kupfer und Eisen, an Wolle und Baumwolle, wo die völlig zerrüttete Wirtschaft nur langsam wieder in Gang zu bringen war, und dann die fürchterliche Inflation, das nennt Herr Thum bessere Verhältnisse, unter denen die sozialdemokratische Mehrheit wirtschaften konnte! Ach nein, die Zeitverhältnisse, mit denen die Sozialdemokraten zu kämpfen hatten, waren noch übler, nur der Eigennutz ist erst durch die Wahl von 1924 in Reich und Stadt obenauß gekommen, weshalb es den Massen heut trotz besserer Zeiten noch schlechter als vorher geht, während das Ausbeutertum in Butter schwimmt.

In ihrer ganzen Schädigkeit zeigte sich dann die schwarz-weiß-rote Gesellschaft angesichts eines sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrages, den die Genossin Günther in wahrerzigen Worten vertrat. Den Wohlfahrtsempfängern und Sozialrentnern möge man ihre geringen Bezüge von 31 Mark für den ganzen Monat (!) entsprechend der fortgeschrittenen Teuerung und Mietpreissteigerungen erhöhen. Auf der Oberbürgermeister dabei die schäblichste Deckungsfrage beharrte, war nicht zu vermeiden, aber die Deutschnationalen schieden ausgerechnet den polnisch-jüdisch-deutschen Dr. B. J. Komlosy und den ungläublichen „Arbeitervertreter“ Schönfelder als Redner vor, so daß die ganze Debatte in Würdelosigkeit verfiel. Schließlich wurde der Antrag in den Ausschuss verwiesen.

Bald darauf begründete Genosse Datz einen weiteren sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag, den Erwerbslosen zu Ostern eine einmalige Unterstützung von 20 Mark für den Mann, 10 Mark für die Frau und 5 Mark für jedes Kind zu bewilligen. Er sagte den Deutschnationalen, daß sie den Erwerbslosen gegenüber wohl kaum den großen Mut zur Schädigkeit aufbringen würden, wie gegenüber den durch Mitleid, Krankheit und Gebrechlichkeit an Stuhl und Bett gefesselten Wohlfahrtsempfängern. Und in der Tat war hier die Debatte kürzer. Doch sie artete fast zur Schlägerei zwischen Kommunisten und Halenkreuzlern aus, da die blutigen Vorgänge bei der bekannten Erwerbslosendemonstration am Ring mit zur Sprache kamen.

Unter allgemeiner Unruhe wurde der sozialdemokratische Antrag in den Ausschuss verwiesen. Der Vorsteher schloß rasch die Sitzung, um in eine geheime Sitzung einzutreten. Während sich die Zuhörertribüne leerte, rückten sich aber die Rechtsradikalen und Linksradikalen immer näher auf den Leib. Der Vorsteher schloß deshalb die ganze Sitzung.

Trotz des vom Berichterstatter, Stadtd. Walter (Ztr.) monierten zu hohen Mietpreises von 18,30 Mark pro Quadratmeter, muß die Stadtverordneten-Versammlung wegen Raumangels ihre Zustimmung zur Mietung von Räumen in der Guttay-Freitag-Strasse geben.

Der Magistratsvorlage, die Ausführung von Mietgas-einrichtungen auch in Geschäftsräumen und Gewerbebetrieben zuzulassen, wenn die Ausführungskosten den Betrag von 1000 Mark nicht übersteigen, wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß sich in den Räumen ein mindestens zweifachmüßiger Gashofen oder ein entsprechender gewerblicher Apparat befinden muß.

Die bei den Hochwassermellen der letzten Jahre durch die Überüberfüllung bei Wirschan und Neuhaus entstandenen Kalle, werden, da sie das Ufer und die längs des Stromes laufenden Ueberleitung des Wasserwerkes schwer gefährden, mit 30 000 Mark Kosten beseitigt.

Die Kunststraße von der Pöfener Eisenbahnbrücke bis zum Dorje Dswih wird neugeschüttet, wodurch Kosten in Höhe von 19 500 Mark entstehen.

Der Beitrag für den schlesischen Aleriumssverein wird von 200 Mark auf 1000 Mark jährlich erhöht.

Da der Stadthaushaltsplan erst nach Beginn des neuen Rechnungsjahres fertiggestellt werden wird, wird die Zustimmung dazu gegeben, daß alle dringlichen Zahlungen, die zur Fortführung der städtischen Einrichtungen notwendig sind, geleistet werden können und die zur Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs der Stadthauptkasse benötigten Betriebsmittel bis zum Eingang der Steuern durch kurzfristige Kredite beschafft werden.

Für die Sanierung südlich der Albrechtsstraße wird mit einem neuen Fluchtlinienplan eine Verbreiterung der Straße auf 22 Meter wegen des steigenden Verkehrs beschlossen.

Für die Feuerwache 5, Dfener Straße 40/42, wird ein Betrag von 62 000 Mark zur Beschaffung einer Motorspritze bewilligt. Der Unterverwaltungswart Breslau wird zur Errichtung eines Telefonbalkens und eines Refraktorturmes am Finlenweg eine Beihilfe von 25 000 Mark unter der Bedingung gewährt, daß der Staat sich in gleicher Höhe mit einer Beihilfe beteiligt. Stadtd. Ruffert (Soz.) erstattet Bericht über den seinerzeit dem Finanzausschuss überwiesenen kommunikativen Antrag, die

Arbeitszeit sämtlicher städtischer Lohn- und Gehaltsempfänger auf täglich höchstens 8 und wöchentlich höchstens 46 Stunden festzusetzen und für die darüber hinaus zu leistenden Ueberstunden Erwerbsteile einzustellen, ohne daß bei den Lohn- und Gehaltsempfängern eine Einkommensminderung entstehen darf.

Stadtd. Ruffert führt aus: Die Unternehmung der von den Kommunisten bei Einbringung ihres Antrages angegebenen Fälle, in denen angeblich Ueberstunden geleistet worden sind, hat ergeben, daß Ueberstunden in den Arbeiterbetrieben in verschwindend geringem Maße vorgekommen sind. Die Ueberstunden betragen bei den nichtständigen Angestellten erheblich mehr. Besonders stark war die Belastung bei den Angestellten des Wohlfahrtsamtes und der Erwerbsteilefürsorge anlässlich der Auszahlung von Weihnachtsteilen und der Nachzahlungen auf die Unterhaltungsätze der Erwerbsteile. In diesen Abteilungen ist es aber kaum möglich, für so kurze Ueberleistungszeiten Nachstellen einzustellen.

Die städtischen Beamten werden nie zu Ueberstunden gezwungen.

Der Berichterstatter empfiehlt Ablehnung des kommunikativen Antrages und Annahme des Ausschussantrages, der den Magistrat ersucht, dahin zu wirken, daß in allen Dienststellen die 46stündige Arbeitswoche eingeführt wird und Ueberstunden nur in dringenden Fällen zugelassen werden.

Stadtd. Rohstoff (Komm.) zweifelt die vom Berichterstatter gemachten detaillierten statistischen Angaben an und verlangt, man solle sich zur Unternehmung mit den Betriebsräten der Dienststellen in Verbindung setzen.

Stadtd. Ruffert (Soz.) stellt die Behauptungen des Stadtd. Rohstoff richtig.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Für die Durchführung baupolizeilicher Maßnahmen (Abbruch unbewohnter Häuser) wird über den Antrag des Magistrats hinaus, der 1000 Mark verlangt, ein Betrag von 20 000 Mark bewilligt, da in den Bauten häufig „Schwarzmieter“ wohnen, die durch den baufälligen Zustand der Behausungen in Lebensgefahr geraten.

Der vom Bauausschuss empfohlenen Annahme des Magistratsantrags auf Bewilligung von 150 000 Mark Erwerbsteile für den Bau der Schweinefleischhalle wird zugestimmt.

Die zur Errichtung einer Feuerlöchanlage für die Benzolfabrik im Gaswert Dürzow erforderlichen Mehrkosten von 9000 Mark werden bewilligt.

Der Antrag auf Ermäßigung der Entschädigung des gesamten Wasserverbrauchs des Hallenbadbades auf 10 Pf. pro Kubikmeter wird in den Ausschuss verwiesen.

Stadtd. Frau Günther (Soz.) begründet folgenden sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag:

Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordneten-Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Richtsätze für Wohlfahrtsempfänger und Sozialrentner, ab 1. April rückwirkend, von zurzeit 31 Mark regelmäßig erhöht werden.

Angesichts der Mietssteigerung kommen ständig Hilferufe von den Wohlfahrts- und Sozialrentnern, die als alte, meist arbeitsunfähige Leute, in bitterer Not geraten. Breslau ist mit seinen Richtsätzen weit im Rückstand hinter einer großen Zahl anderer Städte. Um die Unterstützung angesichts der fortgeschrittenen Teuerung auf einem gleichen Wertniveau zu halten, ist es unbedingt notwendig, die Richtsätze zu erhöhen. Außerdem muß die Rigorosität des Wohlfahrtsamtes beim Abzug der Zuschüßten stark gerügt werden.

Oberbürgermeister Dr. Wagner regt an, den Antrag an den Staatsausschuss zu überweisen, da die Deckungsfrage für diese neuen Ausgaben noch völlig ungeklärt sei. Die Stadt Breslau gewähre im übrigen 40 Prozent der Sozialrentner Unterstützung, während das andere Städte zu einem viel geringeren Teil täten. Außerdem führt er die Not vieler Rentner darauf zurück, daß viele Kinder ihren Eltern die Unterstützung, die sie ihnen schulden, verweigern, so daß diese der Stadt zur Last fallen.

Stadtd. Wache (Soz.) weist die etwas m-rwüthige Begründung des Oberbürgermeisters für die Rentnernot zurück. Es kann nicht die Hand dazu geboten werden, daß ein Teil unserer Bevölkerung völlig verkommt. Ist keine Deckung für die neuen Ausgaben vorhanden, so muß sie aus den Steuerquellen geschaffen werden. Mit der Ausschussberatung sind wir einverstanden, da wir nur den Anstoß zu der notwendigen Maßnahme geben wollten.

Stadtd. Bujatowsky (Dnat.) wendet sich gegen die „Anverantwortlichkeit“ der Linksparteien im Ausgabenmachen. Man werde es noch soweit treiben, bis die Wirtschaft zusammenbräche und Ruhe und Ordnung gestört würden. Damit schaffe man nur neue Erwerbsteile.

Stadtd. Danmann (Ztr.) beantwortet den sozialdemokratischen Antrag. Hier, wo es sich um Leben und Verhungern breiter Kreise handle, könne nicht gespart werden.

Stadtd. Frau Estlein (Soz.) wendet sich aufs schärfste gegen die arrogante und frivole Art des Stadtd. Bujatowsky (Dnat.), von der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ zu sprechen. Man kenne die Mittel der Rechten, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Es sei ihr anscheinend lieber, Leute halb verhungern zu lassen, um ihre Empörung dann auf einfache Weise (Zurufe links: „Machinengewehr!“) zu unterdrücken. Mit billigen Redensarten komme man aber nicht über Notwendigkeiten hinweg. Es frage sich auch, ob ihre (zu der Rechten) Methode sich im Ende billiger stellen wird als unsere.

Stadtd. Schönfelder (Dnat.) beginnt, von stürmischen Zurufen und Gelächter der Linken begrüßt, eine reichlich knifflige Rede, in der er sich als den Begehrtesten, der wisse, was den Arbeitern nütze. Unter dem Gelächter des gesamten Hauses wird er vom Stadtverordnetenvorsteher mehrmals zur Sache gerufen. Stadtd. Ammon (Komm.) erhält auf den Zuruf „Hanswurst“ einen Ordnungsruf.

Der Stadtverordnetenvorsteher ermahnt die Versammlung, die Würde des Hauses zu wahren, die durch solche Szenen verletzt werde.

Der Antrag geht in den Staatsauschuss. Nach erregter wird die Auseinandersetzung in der Debatte über den zweiten Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Den Erwerbsteilen ist zu Ostern eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Dieselbe soll betragen:

20 Mark für jeden Erwerbsteilen, 10 Mark für die Ehefrau, 5 Mark für jedes Kind.

Stadtd. Datz (Soz.) begründet. Er bezeichnet die Methode des Stadtd. Bujatowsky (Dnat.) gegen die hilflosen Rentner vorzugehen. Ueber die Not der Erwerbsteilen braucht nicht geredet zu werden, aber es ist zu hoffen, daß man durch die Furcht, die man vor den Erwerbsteilen hat, ihren Bedürfnissen und Wünschen etwas zugänglicher wird. Schuld an der Not trägt das heutige Wirtschaftssystem, dessen Vertreter Sie von der Rechten

Aus aller Welt.

Eine Böhlin-Jahrhundert-Ausstellung.

Der 100. Geburtstag Arnolds Böhlins wird von seiner Vaterstadt Basel in den Monaten April und Mai durch eine große Böhlin-Jahrhundert-Ausstellung gefeiert...

Ein Tänzerkongress

Anlässlich der Deutschen Theater-Ausstellung soll vom 21. bis 24. Juni zum ersten Mal in Magdeburg ein Tänzerkongress stattfinden.

Ein neues Flughafengebäude in Westfalen.

Im Beisein eines Vertreters des Reichsverkehrsministeriums wurde in Dortmund ein für die besonderen Zwecke des Luftverkehrs in großem Maßstabe eingerichtetes Flughafengebäude dem Verkehr übergeben.

Vier Fischer in der Ostsee ertrunken.

Ein Fischerboot mit vier Italienern aus Kahlberg bei Eibing schlug am Dienstag in starkem Sturm um. Drei Italiener wurden in die See hinausgetrieben.

Weitere Funde beim Berliner Frauenmord.

Von der in Berlin ermordeten Hausangestellten Frieda Ahrendt, deren Geburtsort das Dorf Bock in Lauenburg ist, wurden in den frühen Morgenstunden des Donnerstag weitere Leichenteile aufgefunden.

Bücherdiebstahl in Leipzig.

Bei einer bekannten Leipziger Verlagsbuchhandlung sind, wie sich jetzt herausgestellt hat, in den letzten Jahren von den Angestellten mehrere tausend Bücher gestohlen und durch Fehler weiterverkauft worden.

Eine Million Schadenersatz?

Freiherr von Lühow, der Inhaber einer Knaben-Erziehungsanstalt bei Jossen, gegen den wegen angeblicher Verfehlungen gegenüber seinen Schülern ein langwieriger Prozess durchgeführt wurde, will jetzt gegen den preussischen Staat eine Schadenersatzforderung von mehr als einer Million Mark erheben.

Finderlohn.

In der Komischen Oper in Berlin verlor ein Besucher in der Toilette einen Kreditbrief über 50 000 Mark, ausgestellt auf fünf Großbanken. Nach ehe der Verlierer den Verlust bemerkt hatte, ließ der ehrliche „leiche Mann“ den wertvollen Brief nicht in die Hände fremder geraten.

Der Prozess um das abgehackte Bein.

In der Verhandlung des Wiener Prozesses Maret kam es bei der Vernehmung der Angeklagten Maria Maret zu einer dramatischen Szene. In größter Erregung und unter den höchsten Beteuerungen verwehrte sich die Angeklagte dagegen, daß die Anklageschrift sie indirekt beschuldige, selbst ihrem Mann das Bein abgehakt zu haben.

Das Aussterben der Indianer.

Das amerikanische Ministerium für die Angelegenheiten der Indianer (Bureau of Indian Affairs), das in seinen Veröffentlichungen die brutale Zurückdrängung der indianischen Bevölkerung Amerikas niemals wahrhaben will, hat wie in der amerikanischen Zeitschrift „Nation“ gezeigt wird — in seiner eigenen Statistik den deutlichsten Gegenbeweis dafür geliefert.

Resultat der Verhandlungen war also im wesentlichen negativ. Trotzdem wurde in der freien Aussprache betont, daß die Hundebesitzer nicht ruhen und rasten wollen, um dem angestrebten Erfolg zu kommen. Große Empörung herrschte über das Benehmen der Hunde zu klinischen Versuchszwecken.

Der erschlagene Hase.

Wegen gemeinschaftlichen Jagdvergehens standen drei wirtschafliche Arbeiter vor dem Einzelrichter, weil sie am 27. Dezember v. J. im Walde bei Schlang einen Hasen erschlagen hatten.

Ein Vergleich. Zum gestern gemeldeten Prozeß haben Brizen gegen Genossen Stope in der gestrigen Stadtratsverordnetenversammlung geschlossen worden.

Der Leiter des Breslauer Staatsarchivs, Geh. Rat Konrad Wulke, tritt am 1. April wegen Überalterung in den Ruhestand. Er hat außer durch seine Archivalität auch durch eine Reihe von dokumentarischen Veröffentlichungen zur schlesischen Geschichte und von historischen Einzelstudien einen bekannten Namen als Heimathistoriker gewonnen.

Arbeiter-Sport.

Fußball-Vorstellung für 3. April.

Je näher die Serie dem Ende zueht, desto spannender werden die Kämpfe. Weit empor auf der Treppe steht die Freie Sportfreunde. Strahlen auf der Zankballopiete, doch bessere Platzverhältnisse der Einheimischen sollte den Ausschlag geben.

Sporthaus Stern 1921. Am Sonnabend, den 2. April, abends 8 Uhr, findet in unserem Vereinslokal bei Krusch, Frankfurter Straße, unsere Monatsversammlung statt.

U.S.C. Wader 1921. Sonntag, den 10. April, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung bei Piria, Zahnstraße.

Geländebau der Sportvereine 1921/22. Wir geben noch bekannt, daß drei Käufer eines jeden Vereins als Mannschaften gewertet werden. Die Strecke der Senioren müßte leider auf 4700 Meter verkürzt werden.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Am 3. April Ausfahrt nach Hasenau, Treffpunkt 1 Uhr nachmittags, Ring.

Motorradfahrer-Abteilung Breslau des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“. Am Sonnabend, den 26. März, hatten sich die Motorradfahrer des Arbeiter-Radfahrer-Bundes aufammengekommen, um einen Zusammenstoß zur besseren Wahrung ihrer Interessen herbeizuführen.

Die „Tribüne“ hat in ihrer letzten Nummer zur Abwechslung einmal unseren Geliebten Bandmann angepöbelt und verleumdelt. Genosse Wandmann hat Strafantrag gestellt und der Staatsanwalt hat inzwischen die Nummer beschlagnahmt.

Eisenbahn-Verkehr. Zur Bewältigung des zum bevorstehenden Osterfest zu erwartenden stärkeren Personverkehrs geht vom Mittwoch, den 13. April, ab der Eisenbahn-Verkehr ein und dauert bis Mittwoch, den 20. April.

Impfung der Schweine gegen Rotlauf. Die großen Verluste, die der Schweinehaltung durch Ausbreitung der Rotlaufseuche im vergangenen Jahre erwachsen sind, mahnen zur Ergreifung rechtzeitiger Gegenmaßnahmen.

Filmchau.

Deutsches Theater. Der Sohn des Scheich. In der algerischen Wüste ist dieser Film gedreht. Mit Wüstenbildern von unergleichlicher Schönheit. Mit wandernden Dünen, Sandstürmen, hellen Nächten.

Konzerte.

Chorlorenzert.

Der Männerchor Breslau gab im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Konzert mit Volksliedern und Chören im Volkston. Die Schwierigkeit eines solchen Unterfangens soll nicht unterschätzt werden.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

Table with exchange rates for various currencies as of 31. März. Columns include currency type and rate.

Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben!

Advertisement for 'Frische Nestlé' featuring a cartoon of a woman and child, and text promoting the product's benefits for infants and children.

Arbeiter-Vereinigung... Arbeiter-Vereinigung... Arbeiter-Vereinigung...

Reichshammer „Schwarz-Weiß-Gold“... Reichshammer „Schwarz-Weiß-Gold“...

Jugendsozialisten - Arbeiterjugend... Jugendsozialisten - Arbeiterjugend...

Von den Arbeiterkinderfreunden... Von den Arbeiterkinderfreunden...

Freiwillige Jugendhilfe... Freiwillige Jugendhilfe...

Freie Klage in der Sammelkammer 2 (Polener Straße)... Freie Klage in der Sammelkammer 2 (Polener Straße)...

Wohnungsentlohnung bei Tuberkulose... Wohnungsentlohnung bei Tuberkulose...

Herr Chef macht Jagdzeit... Herr Chef macht Jagdzeit...

Der Weg zur Macht!... Der Weg zur Macht!...

Das Verfahren gegen Jurjans... Das Verfahren gegen Jurjans...

Umländer Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums... Umländer Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums...

Table with columns: Datum, Temperatur, Wetter, Wind, Niederschlag. Includes data for various locations like Gränberg, Grotte, etc.

Konzerte - Theater - Vergnügungen... Konzerte - Theater - Vergnügungen...

Geschäftliches... Geschäftliches...

Bereinstellender... Bereinstellender...

Unabhängig des Internationalen Frauen... Unabhängig des Internationalen Frauen...

Der Weg zur Macht!... Der Weg zur Macht!...

Das Verfahren gegen Jurjans... Das Verfahren gegen Jurjans...

Bom Tage... Bom Tage...

Also doch nicht Anastasia!... Also doch nicht Anastasia!...

Der Berliner Reichsdienst der deutschen Presse... Der Berliner Reichsdienst der deutschen Presse...

Das Schicksal einer Siedlergruppe in Rußland... Das Schicksal einer Siedlergruppe in Rußland...

Werbenachmittag der GZ... Werbenachmittag der GZ...

Nachmaliger Protest der Hundebesitzer... Nachmaliger Protest der Hundebesitzer...

Der Weg zur Macht!... Der Weg zur Macht!...

Das Verfahren gegen Jurjans... Das Verfahren gegen Jurjans...

Bom Tage... Bom Tage...

Der Weg zur Macht!... Der Weg zur Macht!...

Resultat der Verhandlungen war also im wesentlichen negativ. ... Ein Vergleich. Zum gestrigen gemeldeten Prozeß ...

Der erschlagene Hase.

Wegen gemeinschaftlichen Jagdvergehens standen drei ... Arbeiter-Sport.

Arbeiter-Sport.

Football-Wettbewerb für 3. April.

Je näher die Serie dem Ende zueht, desto spannender ...

Sporthaus Stern 1921. Am Sonnabend den 2. April, abends ...

U.S.C. Mader 1921. Sonntag, den 10. April, vormittags ...

Geländelauf der Sportsvereinigung 1921/22. Wir geben noch ...

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Am 3. April Ausfahrt ...

Motorradfahrer-Abteilung Breslau des Arbeiter-Radfahrer-Bundes ...

* Die „Tribüne“ hat in ihrer letzten Nummer zur ...

* Eisenbahn-Verkehr. Zur Bewältigung des zum bevorstehenden ...

* Impfung der Schweine gegen Rotlauf. Die großen Verluste, die der Schweinehaltung durch Ausbreitung ...

Filmchau.

Deutsches Theater. Der Sohn des Scheich. In der algerischen Wüste ...

Konzerte.

Chorconcert.

Der Männerchor Breslau gab im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Konzert mit Volkstänzen und Chören ...

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

Table with exchange rates for various currencies as of March 31.

! Vergesst nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werben !

Aus aller Welt.

Eine Böhlin-Jahrhundert-Ausstellung.

Der 100. Geburtstag Lenas Böhlin wird von seiner Vaterstadt Basel in den Monaten April und Mai durch eine große Böhlin-Jahrhundert-Ausstellung gefeiert.

Ein Tänzlerkonzert

Anlässlich der Deutschen Theater-Ausstellung soll vom 21. bis 24. Juni zum erstenmal in Magdeburg ein Tänzlerkonzert stattfinden.

Ein neues Flughafengebäude in Weiskalen.

Im Beisein eines Vertreters des Reichsverkehrsministeriums wurde in Dortmund ein für die besonderen Zwecke des Luftverkehrs in großem Maßstab eingerichtetes Flughafengebäude dem Verkehr übergeben.

Der Fischer in der Ostsee ertrunken.

Ein Fischerboot mit vier Insassen aus Rahlberg bei Elbing schlug am Dienstag in starkem Sturm um.

Weitere Funde beim Berliner Frauenmord.

Von der in Berlin ermittelten Hausangestellten Frieda Ahrendt, deren Geburtsort das Dorf Bock in Lauenburg ist, wurden in den frühen Morgenstunden des Donnerstag weitere Leichenteile aufgefunden.

Bücherdiebstahl in Leipzig.

Bei einer bekannten Leipziger Verlagsbuchhandlung sind, wie sich jetzt herausgestellt hat, in den letzten Jahren von den Angestellten mehrere tausend Bücher gestohlen und durch Fehler weiterverkauft worden.

Eine Million Schadenersatz?

Freiherr von Lützow, der Inhaber einer Anabener Erziehungsanstalt bei Jossen, gegen den wegen angeblicher Verschuldung gegenüber seinen Schülern ein langwieriger Prozeß durchgeführt wurde, vertritt sich mit Freisprechung endete, will jetzt gegen den preussischen Staat eine Schadenersatzforderung von mehr als einer Million Mark erheben.

Finderlohn.

In der Komischen Oper in Berlin verlor ein Besucher in der Toilette einen Kreditbrief über 50 000 Mark, ausgestellt auf fünf Großbanken. Nach ehe der Besitzer den Verlust bemerkt hatte, ließ der ehrliche „letzte Mann“, der den wertvollen Brief nebst Notizbuch gefunden hatte, im Zuschauerraum den Namen ausruufen.

Der Prozeß um das abgehackte Bein.

In der Verhandlung des Wiener Prozesses Marie Karmel kam es bei der Vernehmung der Angeklagten Maria Karmel zu einer dramatischen Szene. In größter Erregung und unter den höchsten Geheuerungen verwahrte sich die Angeklagte dagegen, daß die Anklageschrift sie indirekt beschuldige, selbst ihrem Mann das Bein abgehakt zu haben.

Das Aussterben der Indianer.

Das amerikanische Ministerium für die Angelegenheiten der Indianer (Bureau of Indian Affairs), das in seinen Veröffentlichungen die brutale Zurückdrängung der indianischen Bevölkerung Amerikas niemals wahrhaben will, hat — wie in der amerikanischen Zeitschrift „Nation“ gezeigt wird — in seiner eigenen Statistik den deutlichsten Gegenbeweis dafür geliefert. Dienen Angaben zufolge ist die Sterblichkeit der Indianer von 17,5 pro Tausend im Jahre 1921, auf 22,5 1923 und 25,9 pro Tausend 1924 angewachsen, während die Sterblichkeit der Weißen 1924 12 pro Tausend betrug. Der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle betrug 1924 nur 3 Prozent.

Advertisement for 'die frische Kost' featuring an illustration of a woman and child, and text promoting the benefits of fresh vegetables and fruit.

Je jedem Pfund der Tafelmargarine „frische Kost“ ... General-Vertrieb: Dr. V. W. W. W.

Jahre frucht ab konstant: „Gute Möbel nur bei Wölg Eisenwerk“
 Substanz-Überhöhung und Unschick: Eisenwerkstraße Nr. 32.

Die Auswahl ist groß —
 Die Spesen sind klein —
 Die Preise bedeutend billiger als je.
Anscheinend Anfertigung:
Herrn-Anzüge aus besten Stoffen, in vielen Farben, guter Sitz **15 50** Mk.
Kammg.- u. Gabardine-Anzüge in den neuesten Mustern, gute Passform, auf Robhaar gearbeitet . . . von **23** an
Sport-Anzüge aus Kordstoffen . . . nur **23 00** Mk.
Knaben-Anzüge aus festen Stoffen, nur aus Kordstoff, doppeltes Gesäß. . . nur **4 75** Mk.
Breeches-Hosen . . . nur **5 80** Mk.
Frühjahrs- und Gummi-Mäntel, Windjacken . . . **laborkaft billig**
 Spezialität: Maßanfertigung.
Großes Stofflager.
 Tuch- und Maßgeschäft **Cheimowitz**
 Nur **Sadowastraße 4, 3. Etage**
 3 Minuten vom Hauptbahnhof
Keine Ladenspesen.

Die guten **Trailringe**
 kauft man nur bei **A. Mönus**
 Schmiedebrücke 56
 Eingang nur Kupfer-Schmiedestr.

Ziehung nächste Woche!
 (Am 8. und 9. April).
Marientkirchen - Lotterie
 18 122 Gewinne und 6 Prämien im Werte von Mark **1 60 000**
 60 000, 30 000, 20 000, 10 000, 5 000, 3 000 usw.
 Bargeldauszahlung mit 90%.
 Lospreis: Doppellos 2.—, Einzellos 1.—, Porto und Liste 30 Pf. extra.
 Glücksbitte: 10 Lose (5 Doppell.) einschl. Porto u. Liste 10.—
 Ziehung am 12. und 13. April
Geld - Lotterie
 für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen
 Höchstgewinn: **75 000** Mk.
 50 000, 25 000, 10 000, 1 000, 500 Mark usw.
 Lospreis: 3.— Mark — Porto und Liste 30 Pf. extra.
Ludwig I. Fa. B. Klement
 Aeltest. Spezial-Lotterie-Geschäft Schlesiens
 Breslau 1, Ring 22. Postschekk. Breslau 3812.

Unsere **Leistungsfähigkeit** ist stadtbekannt!



Der Name unserer seit über 60 Jahre bestehenden Firma bürgt für reellste Bedienung dadurch, daß nur **selbsthergestellte Waren** zum Verkauf gelangen.
 Nachstehendes Angebot bitten wir zu prüfen, aber nicht nur auf die Preise, sondern besichtigen Sie in unseren 4 groß. Schaufenstern auch die Qual.

Herrn-Anzüge aus modernen Cheviot- und Kammgorn-Qual. 70.00, 60.00, 49.50, 58.00, 32.00, 28.50	18 00
Herrn-Anzüge aus blau Kammgorn. 2reihig 80.00, 70.00, 62.00, 50.00	45 00
Herrn-Sport-Anzüge auch 4reihig 48.00, 39.00	28 00
Herrn-Mäntel und Pyjacks in den modernsten Formen 58.00, 48.00, 40.00, 32.00	28 00
Herrn-Hosen und Breeches in Kammgorn und Cordstoffen 16.50, 12.50, 10.50, 8.00, 6.00	3 90
Regen-Mäntel in größter Auswahl, in allen Preislagen	

Gebr. Meister
 Herren- und Knaben-Bekleidungshaus
Albrechtstr. 40, 1. u. 2. Etage.

Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder
 Gerade für die Monats- und Quartalsende habe ich Vorzüge getroffen, daß in allen Abteilungen große, teils Reisekosten zu enorm billigen Preisen zur Abgabe bereitstehen.
 Nur einige Beispiele sollen hier aus der Fülle angeführt werden:
Gemüse-Konerven
 Gemüse-Erbisen v. 2 Pfd.-Dose 0.58
 Junge Erbsen, mitteli. v. 2 Pfd.-Dose 0.88
 Junge Erbsen, fein v. 2 Pfd.-Dose 1.35
 Karotten, geschnitten v. 2 Pfd.-Dose 0.40
 Leppige Ackersei v. 2 Pfd.-Dose 0.82
 Junge Schnittbohnen v. 2 Pfd.-Dose 0.55
 Junger Spinat v. 2 Pfd.-Dose 0.45
 Sellerie in Scheiben, sehr zart v. 2 Pfd.-Dose 0.95
 Steinpilze im eigenen Saft v. 2 Pfd.-Dose 1.75
 Pfifferlinge, verleierte kleine v. 2 Pfd.-Dose 0.95
 Stangenporgel, extra stark v. 2 Pfd.-Dose 3.20
 Dito, extra stark v. 1 Pfd.-Dose 1.65
 Spargelköpfe, grün v. 2 Pfd.-Dose 2.20
Früchte-Konerven
 Kirschen, hellrot mit Stein v. 2 Pfd.-Dose 0.80
 Kirschen, dunkelrot mit Stein v. 2 Pfd.-Dose 1.05
 Melange-Obst v. 2 Pfd.-Dose 1.90
 Reineclauden Ia v. 2 Pfd.-Dose 1.05
 Stachelbeeren v. 2 Pfd.-Dose 1.05
 Pfäumen, blau mit Stein v. 2 Pfd.-Dose 0.68
 Preiselbeeren v. 2 Pfd.-Dose 1.10
 Erdbeeren Ia v. 2 Pfd.-Dose 1.55
 Ananas Ia in Scheib. v. 2 Pfd.-Dose 1.80
Wurstwaren
 Leberwurst mit Fettstücken v. Pfd. 0.70
 Thüringer Rohwurst, Fleischwurst v. Pfd. 1.20
 Thüringer Landleberwurst v. Pfd. 1.20
 Ferner konnte ich wieder circa 10 Jtr. **Echte Nügentwälder Zeewurst** kaufen, prima prima frische Ware, die ich zu dem enorm billigen Preise von **Mk. 1.70 per Pfd.** in ganzen Wurstten, im Ausschneit mit **Mk. 1.80 p. Pfd.** abgebe.
 Auch die anerkannte **allerfeinste Kochsalami** ist wieder frisch herangekommen, das Pfd. kostet **Mk. 1.70**
 Ia Dauer-Salami-Wurst v. Pfd. 1.70
 Zerkelwurst v. Pfd. 2.80, 2.20, 2.00 1.80
 Ia Paprika-Sped v. Pfd. 1.50
 Stücke etwa zu 50 bis 70 Pf.
Käseforten
 Die die. Sorten werden zu den bekannt billigen Preisen weiter verkauft.
 Von dem jüngst gemeldeten **Schweizer Käse**, der allgernein sehr befreudigt hat, verlaufe ich, solange Vorrat, das ganze Pfund zu nur **Mk. 1.10**.
 Immer bemüht, billige und gute Lebensmittel heranzuschaffen, habe ich etwa **100 zu 100 Pf. Weißquart, Prime** gekauft, den ich von Fachleuten sachgemäß nach altem, gutem schweizerischen Rezept zu Käse verarbeitet und bringe denselben ab Freitag mittig unter der Bezeichnung **Schlesischer Bauseerkäse** das ganze Pfund zu 35 Pf., 3 Pfd. **Mk. 1.00** zum Verkauf.
 Feinster vollfetter Camembert, Marke „Leersje“, Steilig p. Schachtel 1.15

Mifa Qualitäts-Fahrrad
 59 - 64 - 79 - 90
 100 M usw.
Mifa-Fabrikverkaufsstellen:
 Breslau, Gartenstraße 43 am Konzerthaus
 Leiter: Alfred Kusch.
 Breslau, Schwenckfeldstraße 7 an der Adalbertstraße
 Leiter: Reinhold Kusch.
 Katalog gratis von diesen Stellen oder unmittelbar durch Mifa-Werke, Niederlassung für Ostdeutschland: Berlin, Allianzstraße 6.
 Fachmännisch geleitete Reparaturwerkstätte
 Wochenraten von 4 Mark an
 27. März 1927 Berlin — Kottbus — Berlin, 250 Kilometer unter den 10 Ersten 5 Mifa-Fahrer



direkt ab Fabrik

Verreist Dr. E. Fracnel
 Lungenarzt.
 Herr. Rod 57 Mt. mit 71 Enthaltebl. 1 Damenrad 1 Halbrad ganz billig Radgeschäft I. Stad. Poststraße 7.

Singer Nähmaschinen
 24 Mt., 48 Mt. und 75 Mt. 5 Jahre Garantie Winzlers, Maschinenmeister, Grübiger Straße 43, part.

Oberbett, 2 Kissen
 mit rottem Anlett 97 für 24.00 Mt. zu verkaufen Freiburger Str. 5, hp. links.

Druckerei Volkswacht
 fertigt moderne Drucksachen Breslau 2 Poststraße 4/6

Arbeitsmarkt
Ruhig Tagmädchen
 15-16 Jahre alt, zu häuslicher Arbeit und einem Kind gesucht
 Hübner, Rathhausstr. 115, IV.

Kleine Anzeigen
 sind sofort, gelesene einpaltige Anzeigen von Geschäftl. Kaufmännern u. a. nur von Privat. Post 3 Pfennige, seit 4 Pfennige
 Guterhaltener Kinderwagen zu verkauf. bei Wilsch, Klotzstraße 122.

Herrnstoffe
Georg Senger
 Nikolaistr. 12, Ecke Büttnerstr.
 empfiehlt u. a. **marineblaue Stoffe**
 in best. reinwoll. Qualität
 16.50, 12.40, 10.90, 8.70 **5 80** per Meter
 Gewissenhafte, sachkundige Beratung und Bedienung!

Attentatsplan gegen H. Wendel
Mazedonierache für ein Buch:
 Wie das Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. mitteilt, ist es von glaubwürdiger Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Gruppe mazedonischer Emigranten einen Anschlag auf Hermann Wendel plant

HERMANN WENDEL'S NEUESTES WERK
AUS DER WELT
DER SUDSLAWEN
 Politisches, Historisches, Sozialistisches, nebst zwei Südslawienfahrten und Nachdichtungen südslawischer Lyrik; 282 Seiten stark / Geschmackvoller Halbleinband; Preis 8.— M.
 Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin SW 68
 Lindenstraße 3
 Zu beziehen durch:
Volkswacht-Buchhandlung
 Neud. Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 11.



Max Schönfelder
 Kaffee-Konzeri, Tee-Import
 Haupt-Verkaufshaus u. Weingroßhandl.
 Breslau 1, Albrechtstraße 56.
 NB. Soeben eingetroffen:
 frisch gebackene prima Plunders
 per Pfund nur **Mk. 0.48**

Achtung! 2 billige Achtung! Fleisch- u. Wurstlage
 Schmelzwurst 1.25
 1. junges Schweinefleisch 1.50
 1. junges Rindfleisch 1.20
 1. alte Braten 1.00
 1. Schmalz 1.00
 1. Butter 1.00
 1. Speck 1.00
 1. Fleisch 1.00
 1. Wurst 1.00
Max Breuer
 Hauptgeschäft: Schwenckfeldstr. 7
 Zweiggeschäft: Alexander-, Ecke Garvenstrasse

Achtung! Genossen! Unterstützt kleinere Geschäfte
 Deckt Euren Oster-Bedarf!
 Elegante Anzüge — Mäntel — Hosen
 in Windjacken — Herabkleidung usw.
 Mod. getragene Kavalleriebekleidung nur im
„Kaufhaus“, Oderstraße 7 (Ecke)
 Jeder Käufer wird photographiert und erhält 12 Bilder gratis.

Frühjahrsanzug
 in modernen Farben und guten Stoffen
 von **19.** bis **25.** — **34.** — **72.** Mk. zu
 nach Maß von **24.** — **72.** Mk.
Albrechtstr. 41, II. Netz-Laden

Fertige Anzüge
 Spezialität: **Sport-Anzüge**
 Billigst — auch Teilzahlung
TUCHWIRTE
 Rotherstr. 2, 1. Etage

Wie der Weltkrieg entstand.
 Des amittag. Attentatsmaterial und
 die Randbemerkungen des Kaisers
 180 Seiten Preis nur 60 Pf.
 Volkswacht-Buchhandlung.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaften und Notgesetz.

Eine Erklärung der Vorstände.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, mit Ausnahme der Christen, haben am Donnerstag zu dem neuen Arbeitszeit-Notgesetzentwurf der Reichsregierung, der noch in dieser Woche dem Reichstag zugeht, Stellung genommen. Die Gewerkschaften kamen dabei zu einer entschiedenen Ablehnung des Entwurfs. Die Erklärung der Spitzenorganisationen über ihre Stellungnahme lautet:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften ebenso entschieden abgelehnt werden muß, wie der am 26. Februar veröffentlichte Vorentwurf.“

Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Uebererschreitung des Zehnstundentages einzuschränken. An den für die regelmäßige Uebererschreitung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung will der Entwurf nichts ändern. Aber selbst die Uebererschreitung des Zehnstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangene behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Vorstände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer und die wachsende Not der Millionen Arbeitslosen erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Sie fordern deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die Würfel über das Arbeitszeit-Notgesetz sind — soweit der parlamentarische Kampf in Frage kommt — eigentlich bereits gefallen; denn die Regierungsparteien dürfen keinen Abänderungsvertrag wagen, wenn sie nicht ihrem Wechselbalg das Lebenslicht ausblasen wollen. Der Reichstag wird das Notgesetz vorabstimmend, die Unternehmer werden über ihr Notgesetz klagen und jammern und die christlichen Gewerkschaftsführer werden vor ihren Arbeitern die Kroschitzstrafen des Unternehmertums parodieren lassen, um so zu zeigen, welche „große“ Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf durchgeführt worden sind. In den Betrieben, Werkstätten und Kontoren aber wird der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit jetzt mit verdoppelter Kraft von der Arbeiterschaft weitergeführt werden. Im Kampf um das Notgesetz sind die Würfel gefallen, nicht aber im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Tarifabschluß im Baugewerbe.

Der in längeren Verhandlungen verwickelte Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ist, dem „Vorwärts“ zufolge, von allen Beteiligten angenommen worden. Die Regelung der Arbeitszeit bleibt der gesetzlichen Festsetzung überlassen. Der Tarifvertrag gilt vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1929. Anfang April beginnen die Lohnverhandlungen in den Bezirksverbänden.

Die Handschuhmacher werden ausgeperrt.

Bei den in Leipzig am 14. und 15. März 1927 stattgefundenen Reichstarifverhandlungen stellten die im Reichsverband Deutscher Lederfabrikanten organisierten Unternehmer folgendes Ultimatum:

„Ab 1. April 1927 wird für alle Kategorien der Branche auf den Bruttoverdienst ein vierprozentiger Zuschlag gezahlt. Dieses Abkommen gilt bis zum 31. März 1928.“

Die nunmehr erfolgte Abstimmung der beteiligten Arbeiterschaft hat dieses Ultimatum abgelehnt. Paraphän hat Geheimrat Köfel, München, der Vorsitzende der Unternehmervereinigung, die Ausperrung der Arbeiterschaft in der Gesamtbranche verfügt, die dieser Maßnahme, da zu Hundert Prozent organisiert, mit Ruhe entgegensteht.

Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau.

Bochum, den 31. März. (Eigener Fundbericht.) Von 58 Schächten des Ruhrbergbaues liegen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen vor. Es erhielten Stimmen:

Freie Gewerkschaften	46.291	Stimmen	oder	490	Mandate
Christen	19.601	„	„	151	„
Sitzh-Dunder	1.936	„	„	8	„
Polen	635	„	„	3	„
Sonditalisten	637	„	„	4	„
Gelbe	1.383	„	„	6	„

Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne in Frankreich.

Paris, 1. April. (Eigener Fundbericht.)

Nach einer mehr als dreistündigen bis in die Nacht dauernden Diskussion unter dem Vorsitz des Ministers für öffentliche Arbeiten ist eine Einigung in der Frage der beschleunigten Herabsetzung der Löhne zwischen den Grubenarbeitern des Nordens und des Pas de Calais einerseits und den Grubenbesitzern andererseits zustande gekommen. Auf Grund derselben wird der Arbeitslohn um 2,60 Francs pro Arbeitstag für diejenigen Arbeiter herabgesetzt, die die höchsten Löhne beziehen. Für die anderen Kategorien wird eine Herabsetzung in demselben Verhältnis erfolgen. Gleichzeitig haben sich die Grubenbesitzer

bereit erklärt, vom heutigen Tage an eine Herabsetzung der Verkaufspreise für Kohle zwischen 15 bis 18 Prozent je nach der Kohlenart eintreten zu lassen. Die Herabsetzung der Löhne soll erst am 16. April eintreten.

Streit in der Breslauer Metallindustrie.

Seute traten bei den Firmen Archimedes, L. H. W. Remna, Meierke, Schmoschewer und A. Knaut circa 600 Arbeiter der verschiedensten Abteilungen in den Streit. Der Kampf, wie um günstigere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen geführt. Die Verhandlungen mit den Metallindustriellen verliefen ergebnislos. Ein unter dem Vorsitz des Herrn Oberregierungsrat Kramer tagendes Schiedsgericht fällt gegen die Arbeitnehmerstimmen einen Spruch, der Lohnhöherungen von 1 1/2 bis 6 1/2 Pfennig, eine Arbeitszeit von 48 Stunden, für Mehrarbeit bis 52 Stunden 10 Prozent, bis 54 Stunden 15 Prozent, darüber hinaus 25 Prozent vorsieht. Die Vertrauensleute und Betriebsräte lehnten in einer Versammlung diesen Spruch einstimmig ab, weil die in dem Spruch vorgesehenen Lohnhöherungen und auch die Arbeitszeitregelung als ganz unzulänglich angesehen werden.

Die Metallindustriellen nahmen den Spruch an und beantragten seine Verbindlichkeitsklärung. Heute finden vor dem Schlichter die Verhandlungen statt, die einer eventuellen Verbindlichkeitsklärung vorausgehen müssen. Wenn die Metallindustriellen nicht weitere Zugeständnisse zu machen bereit sind, so wird der Kampf in der Metallindustrie weiter gehen, einerlei, ob der Schlichter den Spruch für verbindlich erklärt oder nicht.

Ist dieser Kampf berechtigt und notwendig? Die Metallarbeiter und ihre Verbände sind sich der Verantwortung, die sie mit der Führung dieses Kampfes auf sich nehmen, durchaus bewußt. Sie wissen, daß die Breslauer Metallindustrie unter großen Schwierigkeiten zu leiden hatte und zum Teil heute noch leidet. Die Vertreter der Arbeiter haben wiederholt, gemeinsam mit den Unternehmern, in selbstloser Weise mitgeholfen, die mißliche Lage mancher Betriebe günstiger zu gestalten. Sie bemühen sich zu Zeiten der Geldknappheit, daß die Betriebe Gelder zur Auszahlung der Löhne erhalten, sie stehen nichts unerfurcht, um maßgebende Stellen zu veranlassen, an die Breslauer Metallindustrie Aufträge zu vergeben.

Die Breslauer Metallarbeiter haben Löhnen von einem Tiefstand, daß öffentliche Körperschaften erklären ließen:

„... daß in der Metallindustrie so niedrige Löhne gezahlt werden, daß mit diesen Löhnen das Existenzminimum nicht erreicht wird... und daß von der Stadt tatsächlich Leute jetzt unterstützt werden müssen, die voll beschäftigt sind. Das ist ein unhaltbarer Zustand.“

An einem Beispiel wollen wir zeigen, welche unglaubliche Unterschiede zwischen den Löhnen hiesiger Metallarbeiter und denen in anderen Städten vorhanden sind. Ein ungelernter Arbeiter von 21 Jahren erhält in Berlin 69 bzw. 71 Pf., in Breslau nach dem Schiedspruch 50 Pf. Weithinige Lohnunterschiede bestehen auch zwischen den hiesigen gelernten Metallarbeitern und den auswärtigen. Wenn

wir ruhig der Breslauer Metallindustrie aus diesen und jenen Gründen einen etwas niedrigeren Lohn zubilligen wie in anderen Städten, solche Unterschiede, wie sie heute vorhanden, sind auf die Dauer untragbar. Breslau ist nicht mehr die billige Großstadt, die es vor dem Kriege einmal war. Neben den Mietpreiserhöhungen kommen in Breslau Preiserhöhungen für Gas, elektrischen Strom, Straßenbahn usw., die die Lebenshaltung der Arbeiter ganz empfindlich verteuern. Die Breslauer Metallarbeiter müssen mit ihren Löhnen allmählich an die sonst üblichen Löhne herangebracht werden, sie dürfen nicht noch weiter zurückbleiben. Das würde aber der Fall sein, wenn sie die in dem Spruch festgesetzten Löhne annehmen würden. In einer Anzahl Orte, wo die Löhne schon erheblich höher sind, wurden größere Lohnhöherungen wie 7 Prozent zugestanden.

Auch die Arbeitszeit ist in dem Spruch ungünstiger festgelegt, wie sie bisher in anderen Orten für die Metallindustrie gewährt wurde. Die Metallarbeiter forderten für den gelernten Arbeiter über 24 Jahre alt einen Stundenlohn von 80 Pf., die Metallindustriellen sind bereit 73 Pf. zu geben. Man sollte glauben, daß es nicht unmöglich wäre, bei dieser nicht allzu großen Differenz zu einer Verständigung zu gelangen. Es muß aber auf beiden Seiten der gute Wille dazu vorhanden sein. Sind die Unternehmer zu einem weiteren Entgegenkommen nicht bereit, dann haben sie die Verantwortung für den wirtschaftlichen Schaden, von dem sich mancher Betrieb vielleicht nie wieder erholen wird, zu übernehmen. Sie haben die Wahl zwischen einigen Pfennigen Lohnhöherung oder einem Wirtschaftskampf mit den ernstesten Folgen für die Breslauer Metallindustrie. Einige Pfennige mehr Lohn kann die Breslauer Metallindustrie tragen, ob sie den Wirtschaftskampf erträgt, wird die Zukunft zeigen.

Ist das die Preis?

Vom Deutschen Textilarbeiterverband schreibt man uns:

Obwohl in der Textilindustrie ein Schiedspruch von 9% für alle Arbeitnehmer gefällt wurde, versuchen die Arbeitgeber den Akkordarbeitern und -arbeiterinnen die magere Zulage trotzdem streitig zu machen. Man will neue Akkordregulierungen vorsehen, um die sogenannten Akkordverdienste bis aufs äußerste herabzudrücken. Dadurch ist der Akkordarbeiter der Mut zur weiteren Akkordarbeit genommen. Es war bestimmt nicht die Ansicht des damaligen Schiedsgerichts, daß die Akkordarbeiterschaft nicht die volle Auswirkung des Schiedspruches haben sollte, sondern der Beschluß ging dahin, daß alle Arbeitnehmer (ganz gleich ob im Zeit- oder Akkordlohn) die neunprozentige Lohnhöherung auch erhalten sollen. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist derartig, daß sich die Arbeitgeber einiges überlegen müssen, wenn nicht erneute Kämpfe herausbeschworen werden sollen. Sehr viele Klagen gehen uns auch aus der Stabewilher Kammgarnspinnerei zu, wo in einzelnen Abteilungen die Akkordarbeiterinnen bei der Auswirkung des Schiedspruches im Mehrverdienst nichts merken. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Auch erhalten dort die Arbeitnehmer keine Lohnzettel zur eigenen Verwahrung wie es im Tarifvertrag vorgelesen ist, sondern sie erhalten nur Lohnkarten auf kurze Zeit zur Ansicht, die wieder von der Firma eingezogen werden. Es ist klar, daß solche Arbeitsverhältnisse, die Lust und Liebe zur Arbeit nicht gerade fördern,

Wirtschaft.

Anhaltende Besserung des niederschlesischen Arbeitsmarktes.

Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes hat sich weiter recht erfreulich entwickelt. Besonders infolge des Anhaltens der günstigen Witterung zeigten die Landwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden, hierunter vor allem das Ziegeleigewerbe sowie das Hoch- und Tiefbaugewerbe, gesteigerte Nachfrage. Unverändert günstig war der Beschäftigungsgrad im Spinnstoffgewerbe. Die Besserung im Bekleidungs- und die schwache Belebung in der Metallindustrie hielten an. Zahlenmäßig zeigt sich die Besserung der Arbeitsmarktlage in der Abnahme der Arbeitslosenzahl um 7,8 Prozent vom Hundert. Es werden jetzt 108 834 Arbeitsuchende (in Vorwoche 118 084) gezählt.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach jüngeren männlichen und weiblichen Kräften sehr reg. Aus allen Bezirken wird von einem, teilweise schon stärkeren Mangel an weiblichen Kräften berichtet. Auch jüngere männliche Kräfte im Alter bis zu 20 Jahren waren in einigen Bezirken nicht mehr verfügbar.

Gärtner und Gartenarbeiter- und -arbeiterinnen waren lebhafter gefragt.

Die Forstwirtschaft zeigte sich teilweise aufnahmefähig. Der Bergbau des Waldenburger Reviers nahm weitere Arbeitskräfte auf.

Belebt war die Lage in der Industrie der Steine und Erden. Steinbrüche im Schweißniger Bezirke nahmen Neueinstellungen vor. Geleucht bleiben Steinmehlen. Die Ziegeleien in diesen Bezirken nahmen weitere Arbeitskräfte auf. Auch die Kalkwerke des Schönauer Bezirkes stellten weitere Kräfte ein. Die keramischen Werke im Stadtkreise Breslau arbeiten wieder voll.

Die schwache Besserung in der metallverarbeitenden Industrie hielt an. In Breslau war rege Nachfrage nach Eisenbahnbauern und Fahrradloschern. Die Bezirke Görlitz-Stadt, Liegnitz-Stadt und Neufalz vermittelten Facharbeiter.

Unverändert günstig waren die Beschäftigungsverhältnisse im Spinnstoffgewerbe. In Landeshut war nach wie vor Nachfrage an tüchtigen Webern. Der Bedarf an Weberinnen war in Waldenburg nicht zu denken. Im Bezirke Schweidnitz werden wegen Mangel an geeigneten Kräften Erwerbslose angelehrt. Im Bezirke Liegnitz-Stadt arbeitet eine größere Firma teilweise mit 3 Schichten.

Die Lage in der Zellstoff- und Papierherstellung ist befriedigend.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist in einigen Bezirken eine leichte Neigung zur Besserung zu erkennen. Eine Kinderwagenfabrik im Liegnitzer Bezirke nahm Neueinstellungen vor.

Im Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe blieb die Lage weiter schwankend. In Breslau war im Tabak- und Genussmittelgewerbe wegen des bevorstehenden Osterfestes eine lebhaftere Vermittlungstätigkeit.

Die Besserung im Bekleidungs- und Bekleidungsindustrie hielt an. Näherinnen der Damenmohnfabrikation wurden in Breslau vermittelt. Schwer unterzubringen waren Schneiderinnen für Geschäftsarbeiten. In Görlitz war der Bedarf an Maßschneidern nicht zu denken. Die Konfektionsfabriken in Liegnitz waren gut beschäftigt. Gute Näherinnen fehlten dort. Damenmohnfabrikation und Schuhmacherinnen konnten untergebracht werden.

Die Arbeitsmarktlage im Friseurgewerbe blieb nach wie vor günstig. In der Stadt Görlitz war die Nachfrage nicht zu befriedigen.

Die Nachfrage und dementsprechend auch die Vermittlungstätigkeit im Hoch- und Tiefbaugewerbe war in allen Bezirken rege. Einige Bezirke rechnen mit der restlosen Unterbringung ihrer Facharbeiter in den nächsten Wochen. In den Bezirken Frankenstein, Freiburg, Münsterberg und Ransiau war die Entwicklung noch nicht bedeutend.

Im Dienstleistungsgewerbe war die Arbeitsmarktlage im allgemeinen befriedigend. Der Bedarf an Schriftsehern in Breslau konnte durch Vermittlungen im zwischenörtlichen Ausgleich gedeckt werden.

Ungünstig blieben die Aussichten in der Berufsgruppe Theater, Musik, Schaustellungen. In Breslau fanden eine Anzahl Varietékünstler bei Kostlandsaufführungen Beschäftigung.

Die Arbeitsmarktlage im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe wurde nur durch die Vermittlungstätigkeit für Saisonbetriebe in Badeorten etwas belebt.

Die Binnenverkehr war weiter aufnahmefähig. Einige Bezirke konnten Arbeitskräfte bei Bahnarbeiten unterbringen.

Verhältnismäßig gut waren die Beschäftigungsmöglichkeiten für ungelernete und Gelegenheitsarbeiter. Zu Steinschlagarbeiten, Pflasterungs- und Erdbarbeiten konnten überall Kräfte vermittelt werden.

In der Gruppe häusliche Dienste ist die Nachfrage nach guten, ständigen Kräften teilweise etwas zurückgegangen.

James 5 Wg.

Memphis 5 Wg. III. Sorte 6 Wg.



die beliebten Zigaretten-Marken der Herr. Zaba-Megie

Am 29. März, abends 9 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlag unser zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der Kommunal Betriebs-Krankenkasse

Herr Stadtamtmann

Paul Werner.

Seine vorbildliche Organisationsgabe, sein stets hilfsbereites Wesen haben uns im engeren Zusammenarbeiten im Vorstand außerordentlich die Fürsorge der Sozialversicherung fördern helfen.

Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren

Der Vorstand
der Kommunal-Betriebs-Krankenkasse zu Breslau.
I. A.: Direktor Hartmann, 1. Vorsitzender.

In der Blüte seiner Jahre verschied plötzlich und unerwartet unser liebes Vorstandsmitglied, der

Stadtamtmann

Paul Werner

Geschäftsführer
der Kommunal-Betriebskrankenkasse.

Seit Gründung der Arbeitsgemeinschaften gehörte der Verstorbene den Vorständen derselben an, und er hat hier sein reiches Wissen und Können auf dem Gebiete der Krankenversicherung in nutzbringender Weise zur Verfügung gestellt.

Der leider zu früh Verstorbene war uns ein lieber Freund, dessen Andenken wir stets in hohen Ehren halten werden.

Breslau, den 30. März 1927.

Arbeitsgemeinschaft Breslauer Krankenkassen.
Arbeitsgemeinschaft
schlesischer Krankenkassenverbände.

Auktion

Verlängerung b. 4. April
Leihhaus Hickmann
Matthiasstraße 113.

Die schönsten
Frühjahrs-Anzüge
und
Mäntel
kaufen Sie immer
noch am
billigsten
im 7107
Herrnhaldungshaus
Nikolaistraße 48
vis-à-vis der Barbarakirche
Hermann Patetzke

Velhwette elegante
Frad- u. Rad-
Norm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. 9.1301
früher Albrechtstraße.

Inserate erzielen in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Mittwoch, den 30. März, um 12 1/2 Uhr nachts, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Metallarbeiter 5285

Richard Kiesler

im Alter von 51 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 2. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bernhardfriedhofes in Dürrgoy.

Wilhelm Schwarzer

Am 29. März verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied 94 B

Seine Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der
Begräbnis-Zusatzkasse „Arhimedes“.
Beerdigung: Sonnabend, den 2. April, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Barbara-Friedhofes in Cosel.

Zentralverband der Zimmerer.

Am 30. März verschied unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer 5285

August Scholz

im Alter von 77 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 2. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Gabitzstraße 115, nach dem Kommunal-Friedhofe in Gräbschen.

Bekanntmachung.

Pländer-Versteigerung
am Donnerstag, den 7. April 1927, vorm. 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 95 500
weiße Scheine bis Nr. 36 000
Verlängerungen werden nur bis zum 4. April
angenommen.

Vom 6. April mittags 1 Uhr bis zum 8. April
mittags 4 Uhr ist das Leihhaus für Annahme und
Ausgabe von Pländern geschlossen.
Städtisches Leihhaus
Weißgasse 9, Ecke Stockgasse. 7105

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1927.

Eine Steuererklärung ist abzugeben:
1. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahre 1926 den Betrag von 6000 RM. übersteigen hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorstehenden des Gewerbesteuerauschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.
Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für die vorgeschriebenen Vordrucke

„Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbe, ibende, offene Handelsgesellschaften u. Kommanditgesellschaften),
Muster Gew. 2 (für juristische Personen),
Muster Gew. 4 (als Einlage zum Muster Gew. 1 oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Gemeinden)“
in der Zeit vom 11. 4. bis 30. 4. 1927 bei dem Vorstehenden des Gewerbesteuerauschusses für den Stadtkreis Breslau einzureichen, wenn sich die Leitung des Unternehmens in Breslau befindet. Die Vordrucke werden den Steuerpflichtigen zugleich mit den jährlichen Steuerquittungslisten für das Rechnungsjahr 1927 überandt werden.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig. Wer keinen Vordruck erhalten hat, kann ihn vom 11. April ab im Magistratsbüro V, Königsplatz 2, 1. Etad, am Schalter während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr abholen. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweifach eingetrieben — an das vorstehend genannte Magistratsbüro V einzureichen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

Die Hinterziehung oder der Verzug einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängliches Vergehen gegen die Steuerpflicht (Steuergefährdung) wird bestraft.

Breslau, den 1. April 1927.
Der Vorsteher des Gewerbesteuerauschusses
für den Stadtkreis Breslau

Jahr Schuh 12⁵⁰

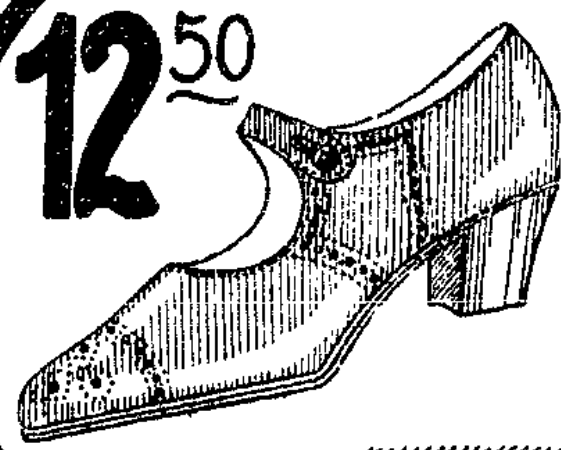
ist ausschlaggebend für die Wirkung Ihrer äußeren Erscheinung! Kaufen Sie ihn bei uns! Wir genießen nicht umsonst den Ruf übertragender Leistungsfähigkeit!

12⁵⁰



la. braun Boxcall - Original-Goodyear Welt, praktischer Straßenschuh

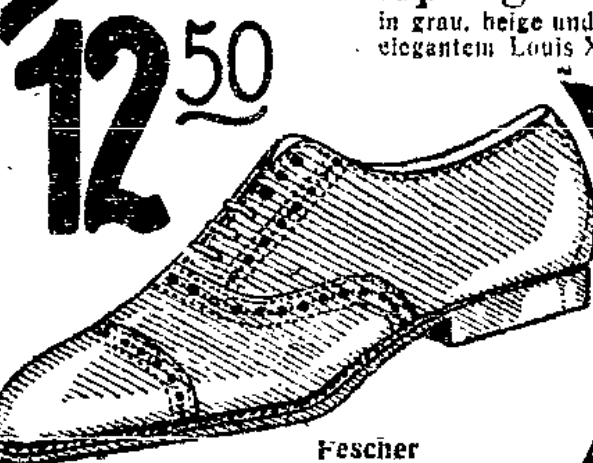
12⁵⁰



Sehr aparter Spangenschuh in grau, beige und blond mit elegantem Louis XV. Absatz

Einige Beispiele unserer außerordentlichen Preiswürdigkeit

12⁵⁰



Fischer Herrens Schuh la. braun Box, moderne Form, Original-Goodyear Welt

Eleganter Damenschuh in braun, beige und Lack mit modernem, niedrigem Absatz 12⁵⁰

Sehr vornehmer Spangenschuh braun und beige mit niedrigem Absatz 14⁵⁰

Sehr fischer Spangenschuh neueste Modelle, grau, beige und blond, mit echtem Louis XV. Absatz 18⁵⁰

Eleganter Herrens Schuh la. schwarz Box, bestes Material und Verarbeitung Original-Goodyear Welt 16⁵⁰

Der begehrte Herrens Schuh la. braun Box, genau wie Abbildung, nur mit unverwundlicher Crepe-Gummi-sohle 18⁵⁰

Große Spezial-Abteilung f. Kinderschuhe und Strumpfwaren

Waldflora

VERKAUFSSTELLEN IN ALLEN STADTTHEILEN!

Mit Schneeweißchen Kaiser-Auszug-Mehl



Bäckt man am besten

5 kg Handtaschentel	3.40
5 kg Papierbeutel	3.20
2 1/2 kg	1.80
Schlei, Mollereibutter	1/2 kg 1.95
Kolossbutter	1/2 kg 0.60
Rindertalg	1/2 kg 0.55
Schweinefett amerik.	1/2 kg 0.74
B.R.N. „Solma“ Margarine	1/2 kg 1.00
B.R.N. „Eigelb“ Margarine	1/2 kg 0.80
B.R.N. „Spezial“ Margarine	1/2 kg 0.80
Sakzucker	1/2 kg 0.35 0.38
Koffein, große	1/2 kg 0.80 0.80
Golf-Korinthen	1/2 kg 0.70
Sultanen	1/2 kg 1.00, 1.20 1.40
Eiße Mandeln	1/2 kg 2.60
Jogo-Nießmandeln	1/2 kg 3.00
Orangeat	1/2 kg 1.20
Zitronat	1/2 kg 1.80

Apfelsinen

Für das Osterfest erhalten wir Ende dieser und Anfang nächster Woche 2 Baggons
Echte Santa Maria Citrus-Orangen
Blut mit Doppelblut gemischt,
die feinsten Früchte der Saison;
1 Duzend 2.00, 1.50 1.00

Breslauer Kaffee-Rösterei
Otto Liebler

Breslau, Zwingerplatz 5 u. 50 Filialen.

Reinigen Sie zum Frühjahr
Ihr Blut mit

„Waldflora“ Nr. 0

Verkauf in Apotheken u. Drogerien.
Druckschriften erhalten Sie dort kostenlos.

Billige Schuh-Zentrale

Messergasse 29. 710.
Zum Osterfest!
Damenschuhe in allen Preislagen, Einzel- oder paare, Lack, Chevreux, Boxkalf 8.50, 7.50, 6.50 5.25
Herrenschuhe in allen Ausführungen, 14.50, 12.50, 9.50 8.50
Arbeitsschuhe, la. 8.50, 7.50 6.50
Langschäfter, Burschen- u. Kinderschuhe sehr billig
Jeder Käufer erhält ein Osteroi.

Arbeitsmarkt

Geübte

Stepperinnen

für sorgfältige Arbeiten, evtl. Weibchen
mit eigener Maschine, für lohnende Beschäftigung

B. Perl jr. Nachfolger A.-G.

Damenhofstraße, Ringstraße 10.

Aus Schlessen.

Winter-Frühling im Riesengebirge.

Die sonnigen Wiesen am Abhange des Riesengebirges sind blau überblüht. Wilder Krotus verschwenderisch über sie ausgebreitet und im ersten zarten Grün stehen die Sträucher. Weiß und majestätisch sind die Bergwälder hingestreckt.

Dann geht es weiter zur Kammschneise. Das Knieholz, das unter feiner winterlicher Last noch demütiger gebückt steht als zur Sommerzeit, haben wir längst hinter uns gelassen.

Der Spul zerreiht, die Nebelschleier verwehen, der unheimliche Chor der Dämonen ist verschwunden, hell leuchtet das Tal, und begreiflich-unbegreiflich liegt das Riesengebirge in gedehnter Erdwucht und winterlichem Frühlingsglanz vor uns.

Ungeheuerliche Zustände auf einem obereschlesischen Dominium.

Zu dem am 6. Februar gebrachten Artikel erhalten wir folgende Berichtigung:

Es ist nicht richtig, daß auf dem Dominium Altenlohm, Kreis Goldberg-Haynau, gehörig dem Grafen Axel von Ritberg, in Koblan, von den Arbeitern verlangt worden ist, zu niedrigeren als den tariflichen Löhnen zu arbeiten.

Die fraglichen Arbeiter haben die Arbeit vielmehr selbst niedergelegt, da sie zum Tariflohn nicht weiter arbeiten wollten, sondern eine höhere Entlohnung forderten.

Nur infolge dieser Arbeitsniederlegung konnte auch die Räumungsklage gegen die fraglichen Arbeiter bei Gericht durchgesetzt werden; die Notwohnungen sind von dem zuständigen Kreisarzt im Beisein des Landrats für durchaus gesund und einwandfrei — auch für den Arbeiter Sardin — befunden worden.

Es ist ferner nicht richtig, daß in Altenlohm eine öffentliche Milchverkaufsstelle besteht. Ein Bestehen des Milchverkaufs durch die öffentliche Milchverkaufsstelle kann daher seitens des Grafen Ritberg gar nicht in Frage kommen.

Weiter ist es nicht richtig, daß Graf Ritberg den Küffern seines Dominiums verboten hat, für die Kinder der ausgesetzlichen Arbeiter Milch aus den nächstgelegenen Orten mitzubringen, und daß die Arbeiter nunmehr gezwungen wären, morgens nach den umliegenden Ortschaften zu wandern, um dort Milch für ihre Kinder zu erlangen.

Weiter ist es nicht richtig, daß Graf Ritberg den Küffern seines Dominiums verboten hat, für die Kinder der ausgesetzlichen Arbeiter Milch aus den nächstgelegenen Orten mitzubringen, und daß die Arbeiter nunmehr gezwungen wären, morgens nach den umliegenden Ortschaften zu wandern, um dort Milch für ihre Kinder zu erlangen.

Zu dieser Berichtigung bemerkt unser Gewährsmann folgendes:

1. Die sieben Arbeiterfamilien im März 1926 haben die Arbeit nicht selbst niedergelegt, sondern sind entlassen worden, weil sie bisher als Freiarbeiter beschäftigt worden zu einem Tariflohn von 34 Pf. und nunmehr als Freiarbeiter zu 24 Pf. pro Stunde arbeiten sollten, was sie allerdings ablehnten.

2. Bei Beschäftigung der Notwohnungen durch den Kreisarzt und Landrat wurde die Unzulänglichkeit einer Notwohnung festgestellt und durch Beschlagnahme eines weiteren Raumes diese Notwohnung vergrößert und damit menschlich wohllich gemacht.

3. Es ist unrichtig, daß die Arbeiter die Arbeit selbst niedergelegt haben. Ein Tarifvertrag bestand zu der Zeit gar nicht, da erst im August 1926 der Tarifvertrag aus dem Jahre 1925 durch Spruch des Schlichters für verbindlich erklärt wurde.

4. Es ist richtig, daß eine öffentliche Milchverkaufsstelle, das heißt, eine solche, welche verpflichtet ist, allen Käufern Milch zu geben, in Altenlohm nicht besteht. Richtig ist aber, daß an alle Ortschaften, soweit sie Milch benötigen, immer von der Gutsverwaltung Milch verkauft wurde.

5. Ferner ist es richtig, daß diejenigen Arbeiter, welche einen Vertrag unterschrieben, ein höheres Deputat im Januar und Februar in Gestalt von mehr Roggen bzw. Weizen, mehr Milch, und die Frauen statt 13 Pf. Tariflohn 15 Pf. erhalten haben,

während diejenigen Familien, die diesen Vertrag nicht unterschreiben, diese Vorteile nicht genießen. Im übrigen wird diese Angelegenheit als Gegenstand einer Anfrage im preussischen Landtag gemacht werden.

Immer noch Typhusfälle in Glogau.

In den letzten Tagen sind noch neue Erkrankungen zu verzeichnen, sodaß die Krankenziffer sich auf 158 erhöht. Weitere Sterbefälle sind bis jetzt nicht gemeldet. Als geheilt wurden bisher 20 Personen entlassen. Wie wir hören, wird sich Regierungspräsident Dr. Presche dieser Tage in Glogau persönlich über den Stand der Epidemie und die getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen informieren.

Trebnitz. Tod durch Alkohol.

Der tödliche Tod eines jungen 17-jährigen Mädchens, der Tochter des Arbeiters Werner, hat zu dem in der Stadt umlaufenden Gerücht Anlaß gegeben, daß das Mädchen an Alkoholvergiftung gestorben ist. Die Leiche lag in der Straße. Im Gespräch mit zwei jungen Leuten hatte die Werner behauptet, eine bestimmte Menge Schnaps trinken zu können. Sie ging daraufhin eine Wette ein und nahm bei deren Austragung so viel Alkohol zu sich, daß sie bewusstlos wurde.

Nimptsch. Au einer Eisenlange totgeschleift.

Einen entsetzlichen Tod fand der Gutsbesitzer Martin Hebert aus Gollschau. Als er auf seinem Motorrade über Land fuhr, prallte er unterwegs mit einem Lastfuhrwerk insofern zusammen, als er gegen Eisenlängen fuhr, die über den Wagen hinausragten. Er erlitt sehr schwere Verletzungen, die nunmehr seinen Tod herbeiführten.

Schweidnitz. Berufung im Betrugsprozeß.

Dr. Krause, Rechtsanwalt und Notar Dr. Krause aus Reichenbach, der wegen Betrug, Unterschlagung, Untreue und Konkursvergehen zu 8 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, so daß dieser Revisionsprozeß nun noch einmal vor der Großen Strafkammer aufgerollt werden wird.

Ströbel. Arbeitsinvaliden-Versammlung.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen hielt am vergangenen Sonntag eine Arbeiterversammlung gegen die Verschlechterungen der Sozialrenten ab. Kollege Peter Breslau hielt einen instruktiven Vortrag über die gegenwärtigen Reaktionsbezüge. Zum Schluß der Versammlung wurden verschiedene Beschwerden erledigt.

Friedland. Betriebsstilllegung.

Jahren erbaute Maschinenfabrik von Meyrowitz wird Ende dieses Monats angeblich wegen Unrentabilität den Betrieb einstellen. Die Mehrzahl der in dieser Fabrik beschäftigten Arbeiter waren sogenannte „Grenzkäufer“ aus der Tschechoslowakei.

Soposwerda. Tod im Gerichtssaal.

Ein trauriger Vorfall ereignete sich bei der Schöffengerichtssitzung am Dienstag. Eine hiesige Einwohnerin war verurteilt worden. Beim Verlassen des Schöffensaalcs erlitt sie einen Schlaganfall, dem sie am Nachmittag erlag.

Scherben. Beisehung der Opfer des Autounfalls.

Die Beisehung der Opfer des Autounfalls fand unter starker Anteilnahme der Bevölkerung und der gesamten Belegschaft der Firma Bierig in Salsitz statt. Die Not der Familien, bedingt durch das schwere Unglück der Enghäfer, genommen wurde, ist sehr groß. Die Firma Bierig hat die Hinterbliebenen der bei ihr Beschäftigten zu Tode Verunglückten und die Verletzten durch Geldpenden unterstützt. Der Magistrat in Retzsch bewilligte ebenfalls zu diesem Zweck 200 Mark.

Gudenfrei, Kreis Reichenbach. Schenklins Tierquälerei.

Eine bestialische Tierquälerei wurde im Weisau von noch unermittelten Tätern an einem Hunde begangen. Dieser trat blutüberströmt bei seinem Besitzer ein. Man hatte ihm beide Ohren abgeschnitten und die Kopfhaut mit einem Messer aufgeschlitzt und stückweise herabgezogen. Am Körper des Tieres war ein Zettel befestigt mit der zynischen Aufschrift: „Aus der Gefangenschaft zurück!“

Oppeln. Die obereschlesische Landwirtschaftskammer nach Oppeln übergesiedelt.

Die Landwirtschaftskammer Obereschlesien ist aus Breslau in das neue Gebäude der Handwerkskammer in Oppeln übergesiedelt.

Chorzow (Oberschlesien). Ein ganzer Güterzug unter Schlagan.

Hier verstand kürzlich ein ganzer Güterzug mit 42 mit Kohle beladenen Wagen. Die Untersuchung ergab, daß ein polnischer Beamter der Güterabfertigung den Zug unter Schlagan und die Waggons einzeln nach verschiedenen polnischen Städten verschoben hat, wo die Kohle bei Händlern zu billigen Preisen für seine Rechnung verkauft wurde. Der Schuldige wurde verhaftet.

Hindenburg. Gaufonferenz des Reichshanners Schwarz-Rot-Gold.

Im Rahmen des diesjährigen Gauges findet am Sonntag, den 3. April, in Hindenburg die diesjährige Gaufonferenz statt. Als Vertreter des Bundesvorstandes nimmt Bundesvorsitzender Oberpräsident Höring an der Konferenz teil.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Stellt mehr Leute ein!

Zu dieser Zuschrift in der Nummer vom 28. März schreibt uns die Firma W. Kelling-Klein-Ishansky:

Unsere Belegschaft ist nicht wie der Artikel besagt, 400 Mann stark, sondern wurde bereits von 450 Personen Ende Januar, auf 560 in der Vormwoche, also um 25 Prozent vergrößert und wird noch täglich vermehrt. Wir haben ferner vor Wochen den Arbeitsnachweiser Breslau-Stadt, Breslau-Land und Ohlau aufgegeben, uns laufend arbeitslos gebliebene Mütterinnen zugewiesen, der Erfolg war aber ungenügend. Die Einstellung von 110 Arbeitlosen und unsere Aufforderung an die Arbeitsnachweise widerlegen bereits genügend den Sinn und Zweck Ihrer Notiz. Noch niemals ist ferner an eine effiziente Arbeitszeit ab 1. April gedacht worden. Unser Betrieb ist ein ausgesprochener Saisonbetrieb, und wenn eine Anpassung an die Saison mit 40-50prozentiger Belegschaftsveränderung auch von uns stets angestrebt wird, so ist andererseits nicht jeder Arbeitslose zur Arbeitsaufnahme geeignet, weshalb auch behördlich und nicht zuletzt im wirtschaftlichen Interesse eine Mehrarbeit (auch an Sonntagen) konfessioniert wurde.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Bezirksleitung Breslau (Land) Neumarkt.

Abteilung Ostpreußen Kolken! Sonntag, den 3. April, nachmittags 3 Uhr. Zutreten des gesamten Bundes im Vereinslokal bei Gürtler in Kolken, zum Abmarsch und Kranzniederlegung am Grabe des verstorbenen Kameraden Vorman. Der Kreisleiter.

Freitag, den 1. April: Deutsch-Vlna. Abends 7 1/2 Uhr, bei Konrad, Monatsversammlung. Hirschberg. Abends 7 Uhr, bei Scholz, Monatsversammlung. Breslau. Abends 7 1/2 Uhr, bei Adler, Monatsversammlung.

Groß-Mohrben. S.P.D. Sonnabend, den 2. April, sehr wichtige Mitgliederversammlung der S.P.D.-Ortsgruppe.

Carlswitz. Gemeinderatsitzung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde ein Revers auf Uebernahme und Unterhaltung der von Provinz und Kreis gebauten Post-Hygiene-Anstalt angenommen, der Weiterbau der Eichenbühlengartengemeinschaft wie auch der Ueberbau des verlängerten Kalanienweges genehmigt. Der erste Teil der Carlswitzer zur Umplasterung wurde in Auftrag gegeben. Die Wischehaus-Allee wird bis zur Unterführung umgeplastert, Kanalisation wird bis dorthin verlegt. Notwendig wäre jedenfalls die Verlegung der Kanalisation bis zur Hundsfelder Chaussee. Gerade der dichtbevölkerte Teil unseres Ortes hat keine Kanalisation und die schlechtesten Straßen. Ueber die Fortführung der Kindererziehung soll in der Kommission beraten werden. Dem Verkauf von Altpapier im Wasserwerk wurde zugestimmt, und der Bau eines Einfamilienhauses in der Schulstraße genehmigt. Wegen Verlegung der Postagentur nach der Sieblung war Beschwerde eingelegt worden. Ein diesbezüglicher Bescheid des Reichspostministers wurde bekannt gegeben. Unter Berücksichtigung von vier Punkte als Dringlichkeitsanträge behandelt und erledigt.

Carlswitz. Aus der Partei. Unter Mitgliebersversammlung findet Sonnabend, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr, in Schottwitz bei Galtwitz Presche statt. Kreislags-abgeordneter Münchenberger wird einen Vortrag über die Tätigkeit des Kreisstages halten. Deshalb ist es Pflicht der Carlswitzer Genossinnen und Genossen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Klein-Maschwitz. Öffentliche Versammlung. Freitag, den 1. April, findet abends 7 1/2 Uhr bei Jechel in Klein-Maschwitz eine öffentliche Versammlung statt, in der Parteisekretär Schiffer über das Thema: „Die Arbeiterschaft im Kampf gegen den Bürgerblock“ sprechen wird. Alle Männer und Frauen von Klein-Maschwitz, Wilschitz, Rosel, Gaudau und Schmiedefeld werden zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Koberwitz. Jugendweiche. Der Turnverein Koberwitz, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, veranstaltet am Sonntag, den 3. April, seine Jugendweiche. Es treten eine ganze Anzahl Schüler und Schülerinnen zur Jugend über. Der Abend verläuft wiederum genussreich zu werden. Geräterturnen wechselt mit Freiwüßungen, Sing-, Tanz-, Neckspiel und Musik ab. In die Eltern ergeht die Einladung, sich wieder recht zahlreich einzufinden. Der Eintrittspreis ist gering. Ein kleines Theaterstück, von den Schülern und Schülerinnen gespielt, soll den Abend beschließen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Aus dem Nimptscher Stadtparlament.

Am Dienstag fand in der evangelischen Schule eine Stadtkonferenz statt. Die Tagesordnung umfaßte 17 Punkte: Vom Magistrat waren anwesend Bürgermeister Kühn und die Ratsmänner Werf, Geister und Schallwig. Stadtverordnete waren 13 anwesend. Vor Eingang in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen früheren Stadtverordneten, Buchbindermeisters Hermann Kühner, von dem Plänen.

Durch die Errichtung eines Isolierhauses am Städtischen Krankenhaus ist ein Geländeaustausch notwendig geworden. Der Magistrat wird ermächtigt, die Verhandlungen über diesen Austausch weiterzuführen. Von Eingängen und Mitteilungen nimmt die Sitzung Kenntnis. Hierbei wurden die Monatsabschlüsse der Stadthaupt- und Sparkasse mitgeteilt. Zum Schiedsmann-Stellvertreter wird für den verstorbenen Buchbindermeister Kühner Herr Tischlermeister Wilhelm gewählt. Für die kommende Herbstferien wird zum Schwimm- und Bademeister Herr Duda, Langenbielau, gewählt. (Wann wird der Magistrat seine Nachtwachposten ebenso angemessen belohnen wie den Bademeister?) Ueber die Aufnahme eines Darlehens bei der Kommunalbank Schlesien berichtet Herr Kantor Meyer. Der Aufnahme von 35 000 Mark wird zugestimmt. Der vorgesehene Verpachtung der Grasnutzung wird ebenfalls zugestimmt. Der bestehende Pachtvertrag zwischen dem Stadtmühlenspächter und der Stadt wird bis zum 31. Juni d. J. verlängert. Bis zu dieser Zeit soll der Magistrat einen neuen Pachtvertrag vorbereitet haben. Der Vertrag mit dem neuen Stadtmühlenspächter Genossen Winkler wurde nunmehr endgültig genehmigt. Die Vermessung des Siedlungsabschnittes West wurde dem Landmessersbüro Unger und Gauert-Schweidnitz zugewiesen. Der Kostenaufwand hierzu in Höhe von 720 Mark wird bewilligt. Abweisung erfährt der vorgesehene Verkauf einer Wiesenfläche an der Frankensteiners Straße. Die Herstellung eines erhöhten Fußgängersteiges auf der durch die Kolonie Fleubed führenden Straße ist längst notwendig geworden. Zu den Gesamtkosten wird eine Beihilfe von 250 Mark bewilligt. Die Gemeinde Johannistal hat einen Antrag auf Eingemeindung zur Stadt Nimptsch eingereicht. Die Versammlung nimmt hier von Kenntnis und erklärt sich mit einer Eingemeindung einverstanden. Von der nachträglichen Bewilligung einer Weihnachtshilfe wird bis zu einer Entscheidung des Städtetages abgesehen. Das Kaufangebot für das Reichsschulamtsgrundstück an den Kreis fand die Genehmigung der Versammlung. Einer neuen Vereinbarung über Pachtung einer Wiese und einer Pachte am Städtischen Krankenhaus wird zugestimmt. Der Abschluß der Städtischen Sparkasse wird bekanntgegeben und diesem zugestimmt. Desgleichen findet die vorgeschlagene Gewinnverteilung ebenfalls die Zustimmung der Versammlung. Die Beuten an der Stadt, Badeanstalt werden der Firma Bernhard-Nimptsch übertragen, die einen feststehenden Kostenfuß von 9767,97 Mark fordert. Ein Dringlichkeitsantrag findet in geheimer Sitzung seine Erledigung. Schluß gegen 10 Uhr.

* Waldbrand. Im benachbarten Girschsdorf, an der alten Bahntrasse, entzündet durch die Nachlässigkeit Wandernber ein Waldbrand, dem 2-3 Morgen Wald zum Opfer fielen. Der Girschsdorfer Wehr, die sofort zur Stelle war, gelang es, den Brand schnell zu löschen.



Nichts anderes...! Nur Palmmin, das reine Cocos-Speisefett, zum Kochen, Braten u. Backen. Nur echt in der Packung mit dem roten Streifen u. dem Namenszug Josef Schick.

